

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mitarbeiter sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. - Postzeitungsstelle Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 22 000 Exemplaren.

## Inhalt.

Der Breslauer Magistrat. — Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter von Karlsruhe i. N. — Schwarze Contremannen. — Der Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof und die Lage der dort beschäftigten Angestellten. (Ebl. H.). — Dresdener Brief. — Bremer Brief. — Französische Transportarbeiter-Organisationen. — Darf die „Sanitätskarte“ eingehen? — Die Parziallöhner in Dresden. — Die Löhne der städtischen Arbeiter in Düsseldorf. — An die Staatsarbeiter Bremens. — Könige für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gemeinden. — Verbandsteil. — Anzeigen.

## Der Breslauer Magistrat.

Unsere Zeitschrift und unsere ganze Bewegung behagt dem Magistrat in Breslau recht wenig. Der Herr Oberbürgermeister Bender hat dies schon mehrfach höchst eindeutig verkündet. Der Verband der Gemeindearbeiter erwidert den Herren auf dem Breslauer Rathaus als eine ziemlich überflüssige Erwähnung und nach ihrer Meinung dient er nur dazu, um „bezahlten Wesern“ die Gelegenheiten zu bieten, „Antrieben“ zu stiften, die „dienstliche Autorität“ und „Disziplin“ zu untergraben und obendrein noch die Beamtenhaft zu infizieren mit dem Geiste der Unbotmäßigkeit. Wir sehen schon die heillosen Säupter beim Lesen dieser Zeilen eifrig zustimmend nicken. Das ist bekanntlich so die übliche, allerdings irriige Meinung, die man in den Kreisen der „nach Politz und Bildung Maßgebenden“ über die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat. Wir können uns deshalb weiter nicht wundern, wenn dieser Fundamentalirrtum auch zu einer total schiefen Beurteilung der Organisationsbestrebungen der deutschen Gemeindearbeiter führt. Ueber die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation brauchen wir uns mit dem Breslauer Magistrat sicher nicht mehr auseinanderzusetzen, nachdem am 22. März 1904 der Staatsminister Dr. Freiherr v. Verlevisch in Breslau seinen bekannten Vortrag über das Koalitionsrecht der Arbeiter gehalten und der Magistrat von Breslau selbst schon unter dem 18. April 1902 seine allerdings in letzter Zeit erst bekannt gewordene Verfügung betreffend das Koalitionsrecht erlassen hat. Diese Verfügung gab Anlaß zu einer Erörterung der Fälle von Dramatisierung und Maßregelung städtischer Arbeiter jäh in Breslau. In dem Artikel „Das Koalitionsrecht der Breslauer städtischen Arbeiter in der Theorie und Praxis“ (Nr. 18 der „Gewerkschaft“) gaben wir die gedachte Magistratsverfügung wieder. Sie bedeutete für uns die Theorie und ihr gegenüber stellten wir die Praxis (Debusmann Wasserwerk Meuser uhm.) dar. Es verlohnt sich der Heinen Mühe, diesen Artikel noch einmal recht aufmerksam zu lesen, da er das ganz besondere Mißfallen des Breslauer Magistrats erregt hat. Staatsanwalt und Polizei wurden in Bewegung gesetzt und am 3. Oktober mußten wir eine Hausdurchsichtigung nach dem Manuskript (das, wie

meistens so üblich, nicht gefunden werden konnte) mit darauffolgender hochnotpeinlicher Vernehmung über uns ergötzen lassen. Der Breslauer Magistrat fühlt sich durch diesen Artikel schwer beleidigt und hat deshalb Strafantrag gegen uns gestellt. Ebenso ist auf seine Veranlassung ein Verfahren gegen uns eingeleitet wegen des Artikels „Der Herr Polizeimeister oder wie in Breslau noch städtische Arbeiter behandelt werden“. Wir bitten, in Nr. 17 der „Gewerkschaft“, Spalte 405, auch diesen Artikel noch einmal nachzulesen. Die Herren Strafantragsteller scheinen auf ihren kurulischen Stühlen etwas nervös geworden zu sein. Anstatt festzustellen, ob die Beschwerden der Arbeiter gegen die Herren Debusmann, Goebel, Meuser uhm. berechtigt sind, macht man die Staatsgewalt gegen diejenigen mobil, die die Beschwerden der Öffentlichkeit mitteilen.

Sollen wir in unserer Zeitschrift etwas schreiben: Der Breslauer Magistrat denkt liberal und handelt sozial, oder: Die Gemeindearbeiter sind mit ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnissen so zufrieden, verdienen Geld wie Heu und freuen sich ihrer gefüllten Stomvottschüssel, wenn dies gar nicht wahr ist? Unsere Zeitschrift gehört den Gemeindearbeitern und dient ausschließlich deren Interessen, und deshalb haben sie auch ein Recht zu erwarten, daß Beschwerden auf ihren Wunsch durch uns zur Sprache gebracht werden. Auf diesem Wege erwarten sie am schnellsten Verrückung, und mit Recht, denn unsere Kritik hilft sehr viel. Also wir können keine Wehrmaßnahme fassen, wenn die Arbeiter behaupten, man behandelt uns wie Hunde und bezahlt uns wie Mäusen. Dem Breslauer Magistrat erlauben wir uns ganz submissiv zu bemerken, daß die Strafanträge gegen uns noch nicht die Mißstände beseitigen. Wenn sie es täten, dann wäre es allerdings ein ebenso einfaches wie für den Stadtsäckel billiges Mittel. Aber der Magistrat fühlt sich nun einmal beleidigt, denn nach seinen amtlichen „Feststellungen“ ist alles, was wir in den inkriminierten Artikeln geschrieben haben, nicht wahr. Herr Goebel behandelt die untersten Arbeiter wie Gentlemen und beleidigt sich im dienstlichen Verkehr mit Untergebenen stets größter Höflichkeit. Der Breslauer Magistrat hebt noch heute „voll und ganz auf dem Boden“ seiner Verfügung vom 18. April 1902. Weder Herr Debusmann noch Herr Meuser haben jemals einen Arbeiter wegen seiner Verbandzugehörigkeit gemahnt. Es ist unklar, daß die Beamten auf die Verfügung geachtet haben, und es ist toll, wir sind ganz verführert von Schwindel, wir meinen liberale Grundabgesichtigkeit zu geben, denn der Magistrat nimmt seine Verfügung ernst.

Gegenüber den magistratlichen Feststellungen wollen wir, Kaulspitzen hilft nicht, es muß hier geoffen werden unsere Feststellungen halten, und wir haben das Vertrauen zu unserer guten Sache, daß wir siegen werden.

## Erlöse:

Der Leiter unserer Breslauer Filiale, der Kollege Mehrlein, arbeitet eine Petition der Laternenwärter aus; sie wird auf die Wachen geschickt, um dort in der dienstfreien Zeit unterschrieben zu werden. Zwei Laternenwärter zerreißen sie und werden daraufhin nach einem



### Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter von Karlsruhe i. B.

In der Haupt- und Meistnächst des liberalen Mutterlandes ist eine Verfügung folgenden Wortlautes ergangen:

**Verlautbarung,**  
die Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaft in den städtischen Betrieben betreffend.

Es hat sich hier eine unter der Leitung des Gewerkschaftsstellens stehende Gewerkschaft städtischer Arbeiter gebildet.

Diese Gewerkschaft geht darauf aus, die Tätigkeit der zur Vertretung der Arbeiterinteressen amtlich bestellten und aus freier Wahl der Arbeiter herbeigehangenen Arbeiterausschüsse auszuscheiden. Sie sucht ferner denjenigen innerhalb der einzelnen städtischen Betriebe bereits bestehenden Arbeitervereinigungen den Boden abzugewinnen, welche unter Ausschluss politischer und konfessioneller Erörterungen der Förderung der Berufsinteressen, der Unterstützung in Notfällen sowie dem geistlichen Verkehr dienen.

Dadurch sehen wir uns veranlaßt, jede Agitation zugunsten der „Gewerkschaft“ innerhalb der Arbeitsstätten und während der Arbeitszeit zu verbieten. Insbesondere dürfen auf den Arbeitsstellen zugunsten der Gewerkschaft keine Schriften oder Flugblätter verteilt, Sammlungen veranstaltet, Unterschriften gesammelt oder Einladungen zu Versammlungen erlassen oder verbreitet werden.

Karlsruhe, den 8. August 1906.

Der Stadtrat,  
gez. Siegrist, gez. De. Berterich.

Vorstehendes wird den Arbeitern des diesseitigen Betriebes zur Kenntnis gebracht mit dem Anfügen, daß Zuwiderhandelnde Bestrafung zu gewärtigen hätten.

(Unterschrift des betreffenden Amtes.)

Diese Verfügung zeigt, daß der Stadtrat von Karlsruhe von neuzeitlichen Ideen und sozialen Anschauungen sehr wenig berührt ist und das Wesen unserer Bewegung so gut wie gar nicht kennt. Geradezu unbeholfen macht sich das Schreiberhand. Die warme Fürsorge für die „bereits bestehenden Arbeitervereinigungen, welche unter Ausschluss politischer und konfessioneller Erörterungen, der Förderung der Berufsinteressen usw. dienen“, ist rührend. Noch immer die alte Bevormundungsmacht, die in dem Arbeiter mehr den Herrin als den freien Arbeiter erblickt. Die Zeiten haben sich geändert, auch in Karlsruhe, und der städtische Arbeiter will nicht mehr der mißachtete Sklave sein, dem man herrisch den unteren Platz im Gemeinwesen anweist und sagt: Nun lüde Dich! Der städtische Arbeiter ist ein mündiger Mensch und will sein Selbstbestimmungsrecht in seinen Angelegenheiten geltend machen. Das kann er natürlich nur in Gemeinschaft mit seinesgleichen und in der Organisation.

Dieser Friede läßt sich nun einmal nicht im Menschengeschichte unterdrücken und ausrotten. Feuer und Schwert haben sich sogar als unzulänglich erwiesen und das Panzerwerk des karlsruher Stadtrates ist auch wirkungslos. Die Arbeiterausschüsse auszuschalten, fällt keinem von uns ein, aber sie sollen um- und ausgehaltet werden, so daß die Arbeiter mit ihnen wirklich etwas anfangen können.

Im übrigen schließen die Karlsruher Kollegen sich doch dem Verbands an.

Der obigen Verfügung des Stadtrates wird durch das Hausparlamentarismus am wirksamsten Rechnung getragen, indem Bezirksvertrauensleute Beiträge ein sammeln, Verbandschriften und Versammlungseinladungen antragen usw.

Den Beitritt zu unserem Verbands kann der Stadtrat gar nicht verbieten. Dazu hat er kein Recht. Da steht auch dem städtischen Arbeiter das Gesetz zur Seite, das das Koalitionsrecht gewährleistet. Darum hinein in unseren Verband!!

Kollege C. Wundt, der infolge seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Verbandssitzale Karlsruhe gemahregelt wurde, schreibt hierzu:

Die Stadtverwaltung ist erreaktionär und jetzt ganz aus dem Häuschen geraten. Im Oktober v. J. wurde die Verbandssitzale, und zwar zum drittenmale, ins Leben gerufen. Die früheren Organisationsversuche konnten von der Verwaltung leicht unterbunden werden. Diesmal gelang das nicht, trotz Mahnungen, Drohungen, Belästigungen usw. Mit meiner Mahnung hat die Stadtverwaltung jedenfalls einen Misserfolg erlitten, denn der erwartete Erfolg, der Zusammenbruch der Sitzale, wird trotzdem ausbleiben. In anderer Hinsicht, der schon 15 Jahre im Dienste der Stadt stand und 59 Jahre alt ist wurde entlassen, weil er Handarbeit verricht hatte. Das Minister hat die betreffenden Sit in einer Verhaftung zu verurteilen lassen!

Im Oktober II wurde von einem Manne, der Deckrüge holen sollte, aber dafür einen so großen Schaden anrichtete, große Schaden gerichtet. Oben stromschnellen Arbeiter läßt man alle Pläne sprengen und selbst Pläne nicht erhalten. Von meiner Ermahnung hier es auch zu gehen steht dem Stadtrat aus und schließlich

lag die Sache doch anders. Was ist denn nicht alles verboten worden! Eingaben und Beschwerden u. dergl. dürfen nicht durch dritte Hand geleitet werden. Wahrscheinlich wollen die Herren auf dem Rathause unseren Arbeitersekretären die Arbeit abnehmen. Der verabschiedete Vorstand, Herr Dell, machte immer noch in Arbeiterfremdschick. So diese Arbeiterfremdschick hat ist, kann man am besten an der Stellungnahme zum Koalitionsrecht der Arbeiter prüfen. Herr Dell hat diese Prüfung nicht beenden, trotz seines rühmlichen Abchiedes, Vertrauenssystems, Photographie, Hochrufen usw. Also mit dem Liberalismus und dem sozialen Verhältnis ist es hier in Karlsruhe nicht so weit her, und unsere Kollegen haben zur Vertiefung dieser Eigenschaften beim Stadtrat noch viel Arbeit vor sich. Darum rufe ich den Kollegen zu: Halte fest am Verbands, und soweit meine Kräfte reichen, will ich auch fernerhin dazu beitragen, daß unsere Sitzale sich kräftig entwickle. Meine gegenwärtige Stellung erlaubt mir das.

### Schwarze Contremimber.

Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß der Ursprung der sogenannten christlichen Gewerkschaften in dem Bestreben liegt, die deutsche Arbeiterbewegung zu schwächen, zu zersplittern und wenn möglich, auch zu zerstören. Der Umstand, daß das Unternehmertum von der Entwicklung der „christlichen“ Gewerkschaften nicht allerorten übermäßig erfreut ist, ändert daran sehr wenig. Als die ersten dieser Organisationen gegründet wurden, konnte ihnen, dazu gehörte nicht einmal eine besondere Sehergabe, prophezeit werden, daß sie schließlich mit zur Aufrüttelung der noch im Banne kirchlicher Bevormundung liegenden Arbeiter dienen. Im Laufe der Zeit haben wir denn gesehen, daß die wirtschaftlichen Tatsachen härter waren als die guten oder bösen Absichten der kirchlichen Gründer und man mußte es erleben, daß dem „christlichen“ Arbeiter und seiner Familie der Hunger ebenso hoch tat wie dem sozialdemokratischen und er deshalb auch mehr Lohn forderte und sogar mit in den Lohnkampf eintrat. Das Erwachen der Solidarität der „christlichen“ Arbeiter mußte ganz naturgemäß erfolgen, selbst gegen den Willen der schwarzen Contremimber, die, um die sozialdemokratische Bewegung einzudämmen, diese Organisation ins Leben riefen. Die schwarzen Wähler können aber ihre Jesuitennatur nicht verleugnen und deshalb sahen sie im Erwachen ihres Ansehens täglich von neuem die Trachtmantel der Zwietracht unter die Arbeiter. So konzentrieren sie den lächerlichen Gegensatz zwischen den christlich-nationalen Arbeiter und den vaterlandstosen sozialdemokratischen Arbeiter. Unter der heuchlerischen Maske der Solidarität geben sie wie die Wölfe in Schafspelzen unter die Arbeiter und sagen ihnen: „Wir müssen uns organisieren und unsere Interessen wahren. Dies dürfen wir aber nur in einem christlich-nationalen Verbands tun. Die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratisch und deshalb Feindeswert.“ Auf diese Weise möchte man die Arbeiterbewegung grübeln machen und in zwei Lager teilen, und dann den einen Teil auf den anderen beugen. Dadurch soll die Aktionskraft der Arbeiterklasse zersplittert und dem gemeinsamen wirtschaftlichen Gegner gegenüber gelähmt werden. Die Kirche, das kommt dabei noch besonders in Frage, hat noch immer vorausgesetzt die Interessen des Volkes zu fördern. Das haben viele katholische erregene Arbeiter eingesehen und erklärt, daß der Kirche eine Autorität in wirtschaftlichen Fragen nicht zuteil und sie bei der Beurteilung und Entscheidung des Interessenskampfes zwischen Kapital und Arbeit nicht maßgebend sei. Den schwarzen Sendlingen wird diese Erkenntnis naturgemäß immer unbequemer, und deshalb treiben sie ein widerliches Doppelspiel! Um den Arbeiter in ihre Kanone zu bekommen, reden sie in Versammlungen so brandredend und schreiben sie in den Blättern so radikal, daß sogar bei der Presse von Kammerquadern sich schon Beklemmungen einstellen, denn man befürchtet, die katholische Arbeiter könnten das alles einmal als bare Münze annehmen. Wenn es aber zum Handeln in den Parlamenten in Reich, Staat und Gemeinde kommt, so zeigen die schwarzen Volkstreuer, die eben noch in der Arbeiterversammlung sich so über-radikal gebarben, ihr erreaktionäres Gesicht. Da wird jede Schandtat gegen das arbeitende Volk mitmachend: Wahlrechtsverschlechterungen, Lebensmittelwertenerungen, Volksverdummung, Rollwägen, Arbeiterentziehung, Förderung geistlicher Unterdrückung und Ausbeutung. Umsonst ist man unter den heutigen Verhältnissen nicht Regimentspartei. Welche rührenden Vorteile müßte die deutsche Arbeiterbewegung von der Tarnheit der Schwarzem haben, wenn sie das wirklich wären, als was sie sich in Arbeiterversammlungen ausgeben.

Wie in den verschiedenen Parteien, so ist auch für unsere Kollegen eine Contremimber jetzt in dem Verbands der Schwäbischen und Transportarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Die Wähler dieser schwarzen Organisationen haben es unter anderem auch auf die städtischen Arbeiter abgesehen, und wenn man ihrem Traum, das sich die Gewerkschaften unterstellt, ab aben darf, machen sie Verantwortung in der Verantwortung der städtischen Gewerkschaften. Im Verbands - wir bitten um Entschuldigung - es geht gegen den Verbands, also im Verbands wird eine gemisch







führung der „Sanitätswarte“ einen geradezu großartigen Griff gemacht und wie alle freuen uns hier, daß die Bewegung des Anstaltspersonals so große Fortschritte gemacht hat. Nur auf diesem Wege war dem indifferenten Anstaltspersonal beizukommen. In allen Anstalten kann man kaum das Ercheinen der „Sanitätswarte“ erwarten. Wenn in Süddeutschland ebenso wie hier unter dem Anstaltspersonal gearbeitet würde, so glaube ich, wäre die Konferenz nie zu diesem Reichthum gekommen. Besonders schwierig ist es, das weibliche Personal für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und das ist uns mit Hilfe der „Sanitätswarte“ auch zum Teil gelungen. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß, wenn die „Sanitätswarte“ eingicht, auch unsere Bewegung rapid zurückgeht, man verzeihe nicht die reiche Illustration in den Anstalten! Wenn die „Sanitätswarte“ verschwindet, werden mit Leidtragst die Mütter der Gegengewerkschaften, von deren eifriger Propagandaarbeit die Kollegen aus der süddeutschen Konferenz augenscheinlich keine Ahnung hatten, das Terrain erobern. Von mehreren Mitgliedern der Gegengewerkschaft habe ich erfahren, daß man sich dort schon ganz dicklich auf das Verschwinden der „Sanitätswarte“ freut. In vielen Besprechungen und Konferenzen hat das Anstaltspersonal schon Stellung zu der Sache genommen und überall ertönt nur ein Protest gegen eine derartige Missethat. Durch derartige Weisungen wird nur die Arbeitslosigkeit in der Propaganda gelindert, und schon jetzt macht sich eine gewisse Störung bemerkbar. Die Gegengewerkschaften sind schon von Anfang an diesem Reichthum. Das Anstaltspersonal bildet jetzt schon in Berlin und Hammon eine große Anzahl Mitglieder der Gewerkschaft. Dem Kommen noch mehrere hundert Einzelmitglieder über ganz Deutschland zufließen. Ich denke in dieser Sache haben wir auch noch ein Wort mitzureden. Im Interesse unseres Verbandes können und wollen wir nur hoffen, daß der Verbandsvorstand beim nächsten Besuche die „Sanitätswarte“ nicht eingicht lassen, sondern vielmehr im Laufe der Zeit immer ausgebaut wird. Der Vorstand der süddeutschen Konferenz hat uns aber auf eine Kommodität aufmerksam gemacht; auch für das Anstaltspersonal ist die Abhaltung einer Tagungsversammlung geboten und vor allen Dingen müssen wir uns eingehendere Betretung auf dem nächsten Verbandstage Sorge machen.

Berlin Herzberge. Gustav Mehlis, Pfleger.

Im Auftrage unserer Anstaltsversammlung teile ich an dieser Stelle mit, daß wir mit dem Vorstand der Stadtarbeiter Konferenz nicht unvereinbar sind, der das Einrichten der „Sanitätswarte“ fordert. Samtliche Kolleginnen und Kollegen erüden den Verbandsvorstand auf das nachdrücklichste, für den weiteren Bestand der „Sanitätswarte“ einzutreten. Wir sind allein in unserer Anstalt mit nahezu 150 Verbandsmilitärem vertreten und haben das Hauptrecht durch die „Sanitätswarte“ erreicht. Mit dem Einrichten der „Sanitätswarte“ büßen wir unsere beste Waffe und unser höchstes Anflerungsmittel ein.

Berlin Sublgarten. W. Müller, Pfleger.

**Die Marfalkutcher in Dresden**

hatten im Juni d. J. durch ihren Ausschuß ein Gesuch an das Marfalkamt gerichtet. Sie baten um Erhöhung der Anfangslöhne von 15 auf 70 Mark monatlich unter Beibehaltung der gegenwärtigen Wohnlöhne.

Der Herr Stadtrat Lentemann hat dem Ausschuß versprochen, dafür einzutreten, aber seit der Zeit herrscht Totenruhe in der Angelegenheit.

Die Kutcher sind damit nicht sehr zufrieden; besonders die ledigen haben die niedrigsten Löhne und es fällt ihnen schwer, damit auszukommen. Nun redet sich das Marfalkamt damit aus, daß die Kutcher freie Wohnung haben. Was sagen aber die Ledigen dazu? Einiges ist ja anders geworden seit sich die Kutcher gerührt haben, aber unzufriedenstellend sind die Zustände noch nicht.

Die Wohnung ist im Wohn mit 3 M 50 Pf pro Woche berechnet. Auch andere Dinge werden den Kutchern noch als Lohn berechnet und so kommt man auf dem Papier zu dem enormen Anfangslohn von 23 M. Darin sind aber Sonntagsarbeiten reiß. Ausrechnungen von meinen Kutchern, die oft mehr Mühe und Zeit erfordern, als dafür bezahlt wird.

Verstehen wir uns die wertvolle Wohnung der ledigen Kutcher! Wie gesagt keine Verbesserungen sind eingetretten. In der Fabrikarbeiter gibt es noch immer keine Heberzüge zu den Bettdecken. Die Heizung der Zimmer ist durchaus unzulänglich. Das ist kein Wunder, denn die Aufwartefrau erhält für Heizung von 6—7 Zimmern sage und schreibe 6 M pro Monat.

Immerhin haben die Kutcher einen Raum, der ihnen als Wohnung dient, und wo sie lazen können, hier stirzt uns niemand Treulos und aber die Wohnmaße der Kutcher auf den Feuerwachen mit Ausschluß der Wache auf der Anstaltstraße. Die Kutcher haben da überhaupt keine Wohnung, trotzdem ihnen jede Woche 2 M 50 Pf Wohnungsgeld anzurechnen werden. Ihr Aufenthaltsraum ist immer das Wachlokal, gleichviel ob sie Wachdienst leisten oder nicht. Diese Feuerwachen sind die obste Weisung und sie trabt unter Umständen dreimal 24 Stunden hintereinander.

Während dieser ganzen Zeit stecken die Kutcher in Kleidern. Junge kräftige Leute werden bald krank und nervös.

Die Ruhe, die doch keine Ruhe ist, weil jeden Augenblick Alarm erfolgen kann, ist eine böse Qual. Hat der Kutcher frei oder keinen Wachdienst, so ist seine Wohnung und Schlafstube wie auf dem Depot Konienstraße die Feuerwache. Bei jedem Alarm wird auch der freibabende Kutcher in der Stadtrube gestört. Aus Gewohnheit springt er mit heraus und kann erst nach längerer Zeit wieder einschlafen. Es dauert aber nicht lange, und die Sache geht wieder von neuem los.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Erstens werden gesunde Kerben ruiniert und zweitens müssen die Leute eine für die Verhältnisse teure Wohnung bezahlen, die sie nicht bekommen. Jedenfalls entsprechen diese Wohnungen nicht der Wohnungsordnung und wir glauben, daß der Rat der Stadt keine Ahnung von diesen Mißständen hat. Möglich ist auch, daß er es uns nicht glaubt, sondern nur das glaubt, was seine Beamten berichten. Diese haben allerdings oft die Mühezeit zu sagen, die Lage der Kutcher ist tadellos, und wenn es nicht rakt, soll ja die Stellung verfallen, wenn er glaubt sich verbessern zu können. Natürlich liegt darin sehr viel Ungerechtigkeit, die die Kutcher wohl empfinden.

Ohne Schuld sind zwar auch die Kutcher nicht, von der Organisation wollen sie nichts wissen (was den Rat eigentlich schuldlos veranlassen müßte für jeden Kutcher ein komfortabel eingerichtetes Wohn- und Schlafzimmer mit Baderaum zc. zur Verfügung zu stellen. Mobiliar möglichst reichlich, wenn angängig Salongarnitur und wanzentfrei. Heber weitere Einzelheiten ließe ich ja noch reden. Jetzt schenken aber die Kutcher auf Kosten ihrer Gesundheit drauflos. Hat einer ein paar Heberstunden mehr wie der andere, so möchten sie sich schon vor Reid aufstellen. Sind sie dann alt und düselig von all der Arbeit geworden, so kriegen sie einen Reiz, denn das Menschenmaterial ist ja so reichlich vorhanden und ist so billig ....

**Die Löhne der städtischen Arbeiter in Düsseldorf.**

Unter diesem Titel brachte die „Düsseldorfer Volkszeitung“ eine Artikelserie, in der sie mit der Stadtverwaltung scharf zu Gesicht geht. In der Einleitung heißt es:

„Die Stadt Düsseldorf hat sich etwas zugute auf ihre „soziale“ Tätigkeit. Mit Hilfe einer ererbten Vermögensgröße, die mit ihr durch Eid und Einnahme, hat sie es verstanden, nach und außen in den Bereich einer fortschrittlichen Stadtverwaltung zu bringen, die für die Bedürfnisse der Zeit verhandelt. Es soll nun nicht geleugnet werden, daß unsere Stadtverwaltung für die Interessen des Kapitals und derer, die davon Vorteil haben, vielfach über eine hohe Rate und einen ausgeprägten Einfluß verfügt. Diesen Ehrenlohn muß ihr der Reid lassen. Die Stadt hat ihn rühmlich behauptet in den verschiedensten Situationen von wertvollen Häusern und sonstigen wertvollen Privilegien an zahlungskräftige Kapitalisten, die die Stadt behauptet ihn täglich, indem sie die Stadterordnungsversammlung, das Organ der „Öffentlichkeit“, den reinen Kapitalautomaten inseln läßt, der seine Anstalten und sein Mundwerk an die bekommen, aus Interessententzinsen bestehen Monnetmittel von etlichen 70 bis 100 Millionen abgeben hat, in denen der Klunge frei schalten und walten kann.“

Unter Hinterrück auf die derzeitige Teuerung wird eines „vertraulichen“ Mundschreibens des Oberbürgermeisters gedacht, worin es heißt:

„Jede Gehaltsordnung bedarf ihrer Natur nach von Zeit zu Zeit der Durchsicht, da die Bedeutung der festen Gehaltsätze mit den sich ändernden Verhältnissen nicht die gleiche bleibt. In den vielen Jahren seit Erlass der allgemeinen Bestimmungen über die Anstellung und Bezahlung der Beamten der Stadt Düsseldorf vom 21. Juli 1897 in dem auch zweifelslos eine Steigerung der Lebenslöhne, insbesondere der Wohnungspreise eingetreten, der die Gehälter werden sollen müssen.“

Sicheres erhebt man, wie empfindlich maßhaltliche Gemüter sein können, wenn man über ihren eigenen Mühe mit betroffen wurden. Nur der Arbeiter darf sie nicht ansprechen; das ist eine Vermeidung gegen die heilige Tugend der Gehorsamkeit, das ist ein Alibi auf die öffentliche Ordnung, auf die Gerechtigkeit des Staates, das ist revolutionäre Weisheit.“

Bei den besser bezahlten Beamten hat man im vorigen Jahre eine Statistik annehmen lassen, in deren beigebundenem Aufschreiben der Arbeiter eine hervorragende prozentuale Steigerung der Löhne feststellte. Nun ist es doch klar, daß dann auch die Arbeiter unter dieser Mäße zu leiden hatten. Die glücklichen Löhner sollten verhältnismäßig das mehr an Miete, daran ideem man aber nicht zu denken. Lassen wir die „Volkszeitung“ reden.

Was sind gewiß die letzten, die den Beamten ihre Aufbesserung mitgehen, ist sie doch für die unteren Stände mehr als magig auszufallen. Aber die Gehaltspunkte, deren sich die Stadt mit Bezug auf ihre Beamten nicht zu entschließen vermocht, hat sie ihren Arbeitern gegenüber noch nicht in Geltung gesetzt. Jedermann

weil, daß der von einem Gemeinwesen wie Düsseldorf gezahlte Lohn von großem Einfluß auf die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes werden muß. Der ortsübliche Tagelohn aber ist gegebenen Falles wieder von größter Bedeutung für die Bemessung der Invaliden- und Unfallrenten. Die Arbeiterschaft hat das weitgehendste Interesse an einem durchschnittlich hohen ortsüblichen Lohn, und wer es mit dem sozialen Verständnis und den sozialen Pflichten ernst nimmt, muß nach dieser Richtung wirken, muß in den gegenwärtigen Zeiten der Teuerung unbedingt für eine Erhöhung der Löhne eintreten. Die Stadt Düsseldorf aber tut aus dem nachstehen und kurzschichtigsten Augenblicksinteresse heraus das strikte Gegenteil. Wie auf anderen Gebieten so arbeitet sie auch hier dem Kapital in die Hände, damit dokumentierend, daß nicht nur die Staats-, sondern auch die Stadterweiterungen nichts anderes sind als die Mittel der herrschenden und besitzenden Klassen. Die Löhne, die die Stadt Düsseldorf zahlt, sind in vieler Beziehung direkt menschenunwürdig.

Die „Vollzeitung“ tritt nun den Beweis für ihre Behauptung im einzelnen an. Vermög konstatiert sie, daß an die Beamten bis zu 6000 M. Jahresgehalt bezahlt wird. Im Gegensatz hierzu weiß sie auf die hiesigen Büroangestellten, auch „Düßelarbeiter“ oder „Kopisten“ genannt, hin, denen die Stadt ohne Rücksicht auf Alter und Befähigung einen Lohn von 3 M. (drei Mark) pro Arbeitstag, also mit Abzug jeden Sonn- und Feiertages, zahlt. Dabei wird von denselben neuerdings Stenographieren, auch Maschinen schreiben und sonstige Fähigkeiten verlangt. Dieser Lohn wurde schon vor 20 Jahren gezahlt. Ueberhaupt wurden neuerdings größtenteils auch nicht mehr entlohnt. Das „Salär“ beträgt im Monat mitunter 65 M. Diese Tatsachen, die durch eine Zurecht aus den Archiven dieser Protokollen der Feder erdärtert werden, veranlassen die „Vollzeitung“ auszurufen:

„... Ein Bild des Elends, wie es grauenhafter nicht gedacht werden kann. Wie glaubt die Stadt wohl, daß diese Leute unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt leben und erziehen sollen? Es ist einfach ein öffentlicher Skandal, daß Leute mit 12000 M. Einkommen pensioniert werden, daß der Oberbürgermeister und seine Kollegen im Amte nahezu Ministergehälter beziehen, daß für repräsentationsfähige oberste Beamtenklassen 6000 Mark Jahresgehalt ausbezahlt wird und auf der anderen Seite arme Teufel schwere Todesarbeit für 65 M. im Monat verrichten müssen. Und die Düsseldorf Kopistinmaschine, das fromme Zeugnis mit dem H. Bernhard an der Spitze, sie rühren keinen Finger, sie finden das vortrefflich geordnet in dieser heilen aller göttlichen Weltordnungen, in der sie ihre eigenen Leute annehmen mit 12000 Mark pensionieren können, während andere um 65 M. 31 lange Tage mit Frau und Kind am Hungertode nagen.“

Im zweiten Artikel werden die Gehälter der Angestellten des paritätischen Arbeitsnachweises und der Crisfrankenkasse für Handwerker, beide hiesige Institute, unter die Lupe genommen. Das Ergebnis fällt etwas derb aus:

„Das sind Verhältnisse, die man vielleicht beim erbärmlichsten Tallesseurter entschuldigen könnte, nicht aber bei einer Stadtverwaltung, die Hunderttausende für Geschenke, Subventionen und sonstige Zuwendungen zum Heften hinauswirft. Das ist so die Art unserer heutigen offiziellen hiesigen Sozialpolitik: nach außen hin erriet man Vorbeeren, wie es aber in Wirklichkeit in diesen Zuständen aussieht, darum kümmern sie die feilen Lohndrücker nicht.“

In dem auf die Arbeiter heißt es sodann:

„Eine Stadt, die ihre unteren Beamten schon derart „fürsichtlich“ besoldet, wird natürlich bei ihren gewöhnlichen Tagelohnern, die nicht mit Papier und weißer Waife hantieren, keine andere Regel anwenden. Die Stadt Düsseldorf beschäftigt nach ihrem letzten Monatsbericht (Juli 1906) insgesamt 244 Arbeiter inklusive 70 weiblichen. Davon sind 1461 händige — das heißt länger als ein Jahr in hiesigen Diensten befindliche — Arbeiter. Die Zahl der nichtständigen beträgt demnach über 1000. Obwohl die Zahl der Arbeiter selbst gegen das Vorjahr um 242 gemindert ist, liegt die Zahl der händigen Arbeiter nur um 52. Die meisten Arbeiter bestritten das Eintreten in den hiesigen Dienst nur als letzten Rettungsmittel vor der äußersten Not, um der entsetzlichen Armenunterstützung zu entgehen. Solange sie ihnen noch irgend die Möglichkeit bietet, in der Privatindustrie Arbeit zu erhalten, ziehen sie diese vor, wissend, daß dort immer noch angemessenere Löhne gezahlt werden, als im hiesigen Dienst.“

In den städtischen Verträgen und Statistiken sind natürlich Angaben über die einzelnen Lohnhöhen — wie bei den Beamten — nicht enthalten. Eindeutiger, daß im Etat oder Jahresbericht die Gesamtsummen der ausbezahlten Löhne und Gehälter angegeben werden. Es ist für den Aufenstehenden auch äußerst schwierig, und nur mit vieler Mühe möglich, hier genaue Angaben zu erhalten. Der letzten Stadtbeamten und der ihnen nahestehenden Kreise würde es allerdings ein Leichtes sein, auch hier an der Quelle Informationen zu erhalten. Doch dieser Mühe hat man sich bisher der Öffentlichkeit gegenüber noch nicht unterzogen. Im nachstehenden wollen wir die in verschiedenen hiesigen Betrieben üblichen Löhne der Leichtigkeit preisgeben. Beamten wir mit dem hiesigen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk. In diesen Betrieben werden

einschließlich der Arbeiter der Badeanstalten 830 Personen beschäftigt. Von dem Siegeszug, den der Achtstundentag in Gasbetrieben durch die deutschen Städte gemacht hat, ist natürlich Düsseldorf unberührt geblieben. Auf der Gasanstalt in Klingern besteht noch die 24stündige Nachtschicht. Die gewöhnliche Schicht (Tag- und Nachtschicht) beträgt 12 Stunden, von 7 bis 7 Uhr. Nach einer Woche erhält der Arbeiter dann eine „Ruhepause“ von Sonntag früh 7 Uhr bis Montag früh 7 Uhr, also 24 Stunden. Dafür hat er dann aber am folgenden Sonntag volle 24 Stunden im Dienste zu sein. In diesem Tempo geht es dann abwechselnd fort. Das hier Gesagte gilt für die sog. Innens- oder Feuerarbeiter, die tagtäglich bei glühender Hitze ihre Arbeit verrichten müssen. Wie überaus traurig in dieser Beziehung die Düsseldorf Gasarbeiter gegenüber ihren Kollegen anderer Städte dastehen, werden wir später noch darlegen. Zunächst einiges über die gezahlten Löhne.

Die Feuerhausarbeiter in Klingern erhalten 4,00 bis 4,20 M., Vorarbeiter 4,40 M. Den höchsten Lohn beziehen die Maurer mit 4,80 M., die übrigen Handwerker der Gasanstalt werden bedeutend schlechter bezahlt. Ihr Lohn schwankt zwischen 3,90 bis 4,50 M., Kesselschreiber, Kohlenarbeiter, Generatorenarbeiter und Motormächter erhalten sogar bloß 3,50 bis 4,00 M. Die Arbeiter in der Reinigung werden mit 3,30 bis 3,60 M. bezahlt. Am schlechtesten werden die Gasarbeiter entlohnt; sie bekommen 3,20 bis 3,60 M. pro Tag.

Bei der schweren Arbeit auf der Gasanstalt sind diese Löhne entschieden zu minimal. Die in der Privatindustrie üblichen Löhne sind bedeutend höher.

Die Arbeitszeit für die nicht in Tag- und Nachtschicht stehenden Tagelöhner beträgt im allgemeinen 10 Stunden. Ueberstunden sind nicht ausgeschlossen. Auf dem alten Gaswerk, das der sog. Außenbetrieb umfaßt, sind die Verhältnisse nicht anders als im Innern. Die Laternenanzünder erhalten 55 bis 60 M. monatlich. Dafür müssen sie bei Eintritt der Dunkelheit die Laternen anzünden. Nachts 12 Uhr müssen sie dann wieder auf den Trab um die Hälfte der Laternen zu löschen. Die andere Hälfte muß bei Eintritt des neuen Tages ausgelöscht werden. Außerdem haben diese Leute die Laternen im Sommer einmal und im Winter zweimal zu putzen. Die jungen Leute, die tagtäglich mit der Leiter und dem schweren Mähen herumlaufen, um die Laternen zu reparieren, Gashörner auf- und Schrauben einzusetzen haben usw., verdienen 2,20 bis 2,50 M. pro Tag.

Die schwere und schmutzige Arbeit des Ausschachtens wird pro Mann und Tag mit 3,30 bis 3,50 M. bezahlt. Die Stemmer, die die verbleibende Bohre abhaken müssen, ebenfalls keine leichte Arbeit, erhalten 3,50 bis 3,75 M. An Vorarbeitern mangelt es natürlich nicht. Ueber je zwei, fünf oder sechs Arbeiter ist ein Vorarbeiter bestellt. Deren Löhne schwanken zwischen 3,75 und 5 M., je nachdem sich der gute Mann beliebt machen kann. Wird ein solcher Vorarbeiter wegen irgend eines Vergehens von seinem Posten zurückgesetzt in die Reihen der „gewöhnlichen Arbeiter“, so behält er trotzdem seinen „Vorarbeiterlohn“. Auf diese Weise kommt es, daß in allen Arbeiterkategorien hier und da höher entlohnte Arbeiter sich vorfinden, die dann ihren schlechter entlohnnten Kollegen die Organisationsstätigkeit schwer machen, weil sie glauben, eine solche „Lohn“ nötig zu haben.“ Die Anhaltener erhalten im Durchschnitt 3,75 bis 4 M., auch 4,50 bis 5 M. Diejenigen, die mit der Dampfmühle herumlaufen, die Gas- und Wasserwerke führen oder nachsehen, bekommen 4 M. Bei der monatlichen Aufnahme, die erst eine Woche dauert, erhalten sie pro Tag 1 M. mehr. Bei einer solchen Aufnahme, der Mann braucht sich nur einmal zu verleben, gibt es 0,50 bis 5 M. Geldstrafe. Die sogenannten Nebearbeiter nennen die Feuerhänger in Ordnung halten, die Meiere oberlegen, Wasser auspumpen usw. Sie erhalten ebenfalls 4 M. Am Nacht- und Sonntagearbeit soll monatlich 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden, ob dies in allen Fällen auch wirklich geschieht, konnten wir bisher nicht feststellen.“

Der dritte Artikel beschäftigt sich einachend mit den Arbeitsverhältnissen der Gasanstaltsarbeiter, besonders der Nachhausarbeiter. Es wird auf die Tatsache hingewiesen, daß selbst die Verwaltungen der Gasanstalten zum Teil den Vorteil der achtstündigen Arbeitszeit für den Betrieb anzuerkennen. Es lehnt das Gutachten der Königsberger Gasdirektion über die Ausführungen des Gasarbeiters, jehann Gantenberger, auf der Gasarbeiterkonferenz 1903, in welchem beinahe vollständig der Beweis erbracht wurde, daß durch Einführung des Dreischichtsystems im Rainer Gaswerk der Kraftstoffbedarf unter den Gasarbeitern ganz erheblich abgenommen hat, zur Kenntnis. Diese Ausführungen, die ebenfalls vollständig wiedergegeben sind (siehe auch Seite 10 des Protokolls), wurden von der Königsberger Verwaltung als „durchaus sachlich und beionnen“ bezeichnet. Hieran knüpft der Artikelschreiber folgende Bemerkung:

„So sieht die Tätigkeit jener Organisation aus, der sich nach Ansicht des frommen „Tageblattes“ hiesige Arbeiter nicht anschließen dürfen. Die Ironie des Schicksals will es weiter, daß derjenige, der auf der Gasarbeiterkonferenz über obige Rainer Ausführungen berichtet, Referent in jener Versammlung Düsseldorf Gasarbeiter war, in der nach dem Bericht des Zentrums-



Blattes über die städtischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschimpft worden sein soll."

Es wird sodann der zweite Bericht der Königsberger Verwaltung auszugsweise wiedergegeben, um denselben die bereits geschilderten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Düsseldorfser Gasarbeiter gegenüberzustellen. Es heißt sodann:

"Dieses Gutachten stammt nicht etwa von dem vom 'Tageblatt' so gebähten 'sozialdemokratischen' Verband städtischer Arbeiter. Es ist das amtliche Gutachten der bürgerlich regierten preussischen Stadt Königsberg im äußersten Osten des Reiches. Nüchtern, so fortgeschritten sein wollenden Stadtvätern im Westen ist eine solche Einsicht noch nie gekommen. Sie halten es für wichtiger, sich darüber zu streiten, ob evangelische und katholische Anoblen ein und dieselbe Schulbank drücken sollen, ob ein und dieselbe Strafe, die zufällig bei beiden Gesellschaftsklassen beweibet ist, nicht auch zweierlei Namen haben soll oder ob ein städtisches Kunstinstitut dieselben Vergünstigungen erhalten soll, die man einem Privat-institut schon längst zugestanden. Sieh einmal um die Leiden der städtischen Gasarbeiter zu kümmern, fällt den Herrschaften beiseite nicht ein. Ihnen dünken wünschlich die oben angeführten färslichen Löhne noch ungenügend hoch, die man schließlich zu Erträgnissen für Wettrennsubventionen und ähnlichen überflüssigen Geischenken noch kürzen kann."

Der Artikelschreiber, der sich als ein mit den städtischen Verhältnissen durchns Vertrauter entpuppt, zieht nun auch die Zustände in den Wadecanalken in den Kreis seiner für die in den diversen Verwaltungsinuben herrschenden Gewalten gewiß unlieb-samen Erörterungen. Die Arbeitszeit der Angestellten beträgt bis zu 8 1/2 und 90 Stunden. Der Lacobu beträgt 3,30 Mk., Nebenstunden werden nur Mittwoch und Sonnabende für je zwei Stunden vergütet. In Stundenlohn berechnet würde demnach bei 13 1/2-stündiger Normalarbeitszeit und 3,30 Mk. Tage-lohn der Lohn pro Stunde 24,4 Pf. ausmachen. Diese Zustände seien mit den in der Heimindustrie zu vergleichen.

Im vierten Artikel wird zunächst an der Arbeitsordnung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke die Sonde der Kritik angelegt.

„Ueber Beschwerden bestimmt der § 7 folgendes: „Zur An-bringung von Beschwerden dürfen sich nie mehr als zwei Personen bei ihrem Vorgesetzten melden.“ Die Beschwerden sind natürlich wie beim „Nemmkij“ bei dem nächsten Vorgesetzten zuerst anzubringen. „Wer sich beim Bescheide dieses nächsten Vorgesetzten nicht beruhigen zu können glaubt, ist berechtigt (1), sich weiter an den höheren Vorgesetzten zu wenden.“ Hierbei muß natürlich genau die Rang- und Reihenfolge der Vorgesetzten eingehalten werden. Der sich beschwerende Arbeiter hat also eine ziemlich Stufenleiter mit seiner Beschwerde zu erklettern, ehe er oben beim Direktor an-kommt. Aber beim „Nemmkij“ ist es ja auch so. Von einem Ar-beiterauschuss ist natürlich in dieser Arbeitsordnung keine Rede. Dem widerspricht ja auch die Bestimmung, daß die Zahl der sich an-melnden Beschwerdenden zwei nicht übersteigen darf. Die Tag- und Nachtschicht erfährt in § 8 folgende Regelung: Der Schicht-wechsel geschieht „jede Woche einmal, und zwar derart, daß die Arbeiter der Tagsschicht am Sonntag 24 Stunden hintereinander Dienst tun, während die Arbeiter der Nachtschicht an diesem Sonntage 24 Stunden dienstfrei sind.“ Einer 30-stündigen Arbeitszeit, wie sie im Durchschnitt der Industriearbeiter und jeder andere Ar-beiter wesentlich zu verzeichnen hat, ist nach diesen Bestimmungen für die Nachtschichtarbeiter der Gesamtstall auszuweisen. Für Zubehörschicht bis zu 15 Minuten kann eine Strafe von 25 Pf. festgesetzt werden. Bei mehr als einer halben Stunde Verspätung kann der Arbeiter überhaupt zurückgewiesen werden. (§ 9.) Die Feuerleute, Wochenschichten und Nachtwächter haben auch während der Pausen nach Bedarf ihre Obliegenheiten zu erfüllen (§ 10). Die in Nachtschicht stehenden Arbeiter dürfen auch nach beendeter Schicht ihren Posten nicht bei Entlassen ihrer Absonn ver-lassen. (§ 11.) So wird auch in dieser Arbeitsordnung wie überall der militärische und bürokratische Geist geherrscht. Von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nirgends eine Silbe. Der § 21 bestimmt furs und bundig: „Der zu zahlende Lohn wird beim Antritt des Arbeiters schiedlich. Lohnermäßigungen treten erst 14 Tage nach erfolgter Mitteilung in Kraft.“ Weitere Bestimmungen ist übrigens selbst verständlich und schon durch die Vorbestimmung der Gewerksordnungs-gesenden. Der oben zitierte § 7 über das Beschwerderecht macht an sich schon in seiner strikten Anwendung die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich, überläßt den Arbeiter dem Gut-dünken seiner Vorgesetzten. Die vielseltigen einen Wert von 20 bis 25 Pf. repräsentierende „Arbeitsordnung“ wird bei Nichtabnahme bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit 50 Pf. in Abzug ge-bracht.“

Diese, wie Keulen schläge niederprasselnden Aufzählungen geben selbst dem geistig rückwärtsirenden Volke ein Bild „kommunaler Ar-beiterpolitik“, das immerwährend wirken muß.

(Schluß folgt.)

### An die Staatsarbeiter Bremens.

Im November d. J. finden die Wahlen zur Bürgererschaft statt, die gerade für uns Staatsarbeiter von großer Wichtigkeit und Be-deutung sind. Es kann uns wirklich nicht gleichgültig sein, wer in diese Körperchaft hinein kommt. Die Bürgerchaft entscheidet sehr oft über das Wohl und Wehe der Staatsarbeiter. Darum darf kein Staatsarbeiter, soweit er Bürger ist, am Tage der Wahl von der Wahlurne fernbleiben, und wer das Bürgerrecht noch nicht erworben hat, muß dies schnellstens tun. In dieser Beziehung wird noch sehr viel gesündigt. Da will man die paar Stunden Arbeitsverdienst nicht missen, oder man ist zu bequem, sich um seine wichtigen politischen Rechte zu kümmern. Aber alle Mühen und Kosten darf keiner von uns scheuen um das Wahlrecht und damit das Recht des Einflusses auf unser städtisches und staatliches Parlament zu erlangen. Wir müssen dafür sorgen, daß nur solche Leute in die Bürgerchaft gewählt werden, die sich verpflichten, für unser Programm und unsere Forderungen einzutreten. Mit der Schlafmüdigkeit und Gleichgültigkeit in öffentlichen Dingen muß es ganz entschieden aufhören.

Vor allen Dingen sollen diese Zeiten dazu anwachen, daß das Wahlrecht von denen, die es haben, auch unter allen Umständen aus-geübt wird. Dann noch eins Kollegen! Letzt alle die Arbeiterpresse! §. 21.

### Notizen für Gasarbeiter.

**Breslau.** Die Handwerker der drei Breslauer Gaswerke, Gas-mechaniker, Reparaturarbeiter, Feldschmiedeschloßer und Hülfs-arbeiter, haben sich der Bewoagung der Gasarbeiter angeschlossen und in einer öffentlichen Versammlung, die sehr gut besucht war, be-schlossen, sich dem Kampffonds anzuschließen.

Die Abstimmung war geheim und wurde der Antrag auf Zahlung des Kampffonds mit 71 gegen 3 Stimmen beschlossen. Von den beteiligten Personen fehlten nur die durch Dienst oder Krank-heit verhinderten Kollegen.

In der Versammlung wurde besonders über die Behandlung durch die Vorgesetzten Klage geführt. Besondere Mißbilligung er-zerte die Antwort des Leiters der Gaswerke, Direktor Treutler, der auf die höfliche Eingabe der Reparaturarbeiter um Abstellung von Mißständen, nachstehende geradezu kassische Antwort erteilte:

„Wir können das Gesuch ab und stellen Ihnen andern, sich Arbeit zu suchen, die Ihnen besser paßt und bei welcher allen Ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Wir haben gar keine Ver-anlassung Sie zu halten und erwarten ebenfalls die Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses bei der Verwaltung.“

Es wurde in der Versammlung allseitig erklärt, daß die Herren doch nicht mit dem Feuer spielen sollten, wenn ge-gangen werden soll, dann würden alle gehen, auch die Gasarbeiter und die Arbeiter der Elektrizitätswerke. Ob dann die Herren von der Verwaltung dann nicht doch lieber sehen würden, wenn sie die Arbeiter „halten“ könnten.

Jedenfalls hat dieses liberale Schreiben Treutlers auch den letzten Arbeiter und Handwerker von der Notwendigkeit des Kampffonds überzeugt. Deshalb sprechen wir hierdurch Herrn Treutler unseren Dank für seine Dulle aus.

**Chemnitz.** Hier taute am Sonntag den 17. September, im Anschluß an eine Krankenlassenversammlung, eine allgemeine Gas-arbeiterversammlung, die aber nicht, wie sonst, von Seiten der Laogarnaten, sondern von Seiten der Direktion beim „Arbeiter-auschuß“ einberufen worden war. Es sollte den Arbeitern die Antwort über die im Oktober vorigen Jahres eingereichte Petition durch den „Arbeiterauschuß“ erteilt werden. Der Herr Direktor Weda eröffnete die Versammlung, indem er gleich im Tages-ordnung übersehen wollte. Von Seiten der Versammlung wurde aber die Wahl eines Bureau beantragt, wogegen sich der Herr Direktor und die Mitglieder des „Arbeiterauschußes“ wandten. Zum besseren Verständnis sei hier bemerkt, daß ein eigentlicher Arbeiterauschuß, wie wir ihn verlangen, hier nicht besteht, sondern noch immer die rudimentäre Form, in welcher der Vorstand der Betriebskassenkasse so ganz im Nebenname diese wichtige Funktion verübt, ohne den Arbeitsskollegen gegenüber in Lohn- und Arbeits-sachen verantwortlich zu sein. Da aber die Versammlung auf Bureauwahl bestand, wurde dem Wunsch stattgegeben. Es wurden die Kollegen Marote als erster, Remede als zweiter Vorsitzender und Lohbe als Schriftführer gewählt. Nachdem auf Anregung des Vorsitzenden noch als weitere Punkt Beschlüsse auf die Tages-ordnung gesetzt worden war, erhielt der „Arbeiterauschuß“ das Wort zur Beantwortung der erwähnten Petition. Hier stellte es sich aber heraus, daß der „Auschuß“ seiner Aufgabe nicht im ent-fertigten gewachsen und überhaupt nicht in der Lage war, ir-ende welche Auskunft zu geben. Nun erbot sich der Herr Direktor dazu, an Stelle des „Auschußes“ die Verantwortung zu übernehmen, dem auch von der Versammlung zugestimmt wurde, und die „Auschuß“-mitglieder wurden dadurch aus ihrer schwierigen Salamtat befreit.

Der Herr Direktor führte zunächst aus, daß die lange Ver-zögerung, die diese Petition erfährt, hat, durch die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die zuerst erfindet werden sollte, herbeigeführt worden ist, und meinte, die städtischen Arbeiter

hären der Stadtverwaltung zu großem Dank verpflichtet für die Fürsorge. Sodann kam er auf die Petition zurück, indem er die Punkte einzeln durchging. Aus der Beantwortung war wieder deutlich zu ersehen, daß die städtische Verwaltung ihre Arbeiter immer von demselben kapitalistischen Standpunkte behandelt als die Unternehmer. Denn das hier der Herr Direktor deutlich durchblenden, ganz besonders die Hofarbeiter betreffend, indem er sagte, für 30 Pf. pro Stunde bekommen sie Leute genug und hätten deshalb keine Veranlassung, besser zu bezahlen. Übrigens würde bei Privatunternehmen auch nicht mehr bezahlt. Nach Beendigung seines Vortrags verließ der Herr Direktor sofort das Lokal, worüber die Versammlung sehr unangehalten war.

Zu der Diskussion meldeten sich zunächst einige Redner zum Wort, die alle ihre Verwunderung über die brüste Ablehnung aus sprachen. Auch der Herr Arbeiter Weber von Anzahl 11 meldete sich mehreremal zum Wort und sagte selbst aus, wenn die Arbeiter etwas erreichen wollten, müßten sie geschlossen vorgehen. Dann führte Kollege Marose von vielen Städten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor, womit er den Beweis erbrachte, daß in Chemnitz die schlechtesten Löhne von allen Gewerkschaften gezahlt werden. Meider Beschluß wurde ihm erteilt. Es sprach dann noch eine ganze Reihe Kollegen, die über Mißstände klagten und dazu aufriefen, sich zusammenzuschließen und die Forderungen von neuem einzusetzen. Wie wenig derjenige „Arbeitervorschau“ seiner Aufgabe gewachsen ist, beweist, daß ein Mitglied sagte, Lohnforderungen zu vertreten wäre nicht Sache des Ausschusses, sondern da müßte jeder selbst persönlich vorantreten wenn er mehr verdienen wollte. Die gebührende Antwort dafür blieb ihm nicht rückständig. Folgende Resolutionen wurde einstimmig angenommen und der Direktion über sandt:

Die heute im kleinen Saale der „Goldenen Aue“ abgeleit. verammelten hiesigen Gasarbeiter bedauern sehr die ablehnende Haltung des Herrn Direktors und bringen aufs neue zum Ausdruck, daß in anderen Städten für dieselbe Arbeit bedeutend höhere Löhne gezahlt werden. Sie erklären weiter, daß sie bei den jetzigen hohen Lebensmitteln- und Mietpreisen mit den derzeitigen Löhnen nicht mehr auskommen können. Die Gasarbeiter verpflichten sich, mit einem weiteren Anstand ihre Forderungen zu vertreten. Die Anwesenden geden weiter ihre Verwunderung kund über die Einnahme eines ganz kapitalistischen Standpunktes, indem die städtischen Arbeiter nach Anstand erteilt werden sollen. Ferner bedauert die Versammlung ganz besonders, daß der Herr Direktor dem weiteren Gang der Versammlung nicht beigewohnt und hier somit der Unterstützung von seiten derselben auf seine Ausführungen hin entzogen hat.

Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, daß sie endlich nun einmal die Unruhe und Schwermut abzustütteln und wenn später wieder Versammlungen einberufen werden, ebenso zahlreich wieder zu erscheinen. Als solches stollte Kollege die Versammlung, welche in lebhafte Stimmung auseinander ging. Hoffen wir nun, daß das Es endlich abdröck, die Kollegen sich in Massen der Organisa tion anschließen und der Geist der Solidarität über alle kommt.

**Erfurt.** Die Gesamtgasarbeiter hatten vor kurzer Zeit den Arbeitervorschau beauftragt, bei der Direktion der Gasanstalt vorstellig zu werden, um eine Aufbesserung des Lohnes zu erzielen. Grund hierzu gab, daß die Arbeiter ungleichmäßig bei der Lohnzahlung berücksichtigt wurden. Der Arbeitervorschau wurde vom Direktor nicht gerade lebenswürdig empfunden und demselben bedeutet, daß, wer mit den derzeitigen Löhnen nicht zufrieden ist, doch seine Mündigkeit einreichen soll. Der Direktor bezeichnen die Arbeiter, die eine Verbesserung ihrer Lage anstreben, mit „Arbeiter und Mühseligler“ er liest weiter an, daß verschiedene „Leistungsfähige“ Arbeiter Lohnzulage bekommen hätten. Nachwürdigweise haben aber nur die unorganisierten Arbeiter Lohnzulage erhalten, die organisierten gingen leer aus. Dem Herrn Direktor sind Verhandlungsmöglichkeiten natürlich ein Dorn im Auge, das beweisen ja auch die Mündigungen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden. Die Beamten der Gasanstalt brauchen nicht erst portellig zu werden, um eine Gehaltserhöhung zu erhalten, von diesen Leuten werden manchmal sehr minderwertige Kräfte mit hohen Gehältern bezahlt. Die Verwaltung läßt sich von ihren Konsumenten aber auch sehr hohe Preise zahlen. Diese Konsumenten betrachten die Gesamtgasarbeiter als wohlhabende Leute, den Konsumenten erweist es unzulässig, mit was für Löhnen noch die meisten Arbeiter abgepeißt werden, weil ja die Gasanstalt hohe Preise auch für die Heumie Reparatur zu nehmen weis. Die Direktion der Gasanstalt plant nicht jedermann, wenn sich die Arbeiter erdreisten Lohnzulage zu fordern, von einem Streik. Und man weiß immer Unternehmen aufzutreiben, die Arbeiter zu eventuellen Streikbrecherdiensten zur Verfügung stellen. Natürlich fragt man jedesmal gleich nach dem Preise für die Arbeitskräfte, damit die Sache ja nicht zu teuer wird.

Aus allen diesen hier angeführten Gründen gebietet es jeden in der Gasanstalt beschäftigten Arbeiter die Pflicht, seine Organisa tion stärken zu helfen. Auch der letzte Mann muß für unsere Sache gewonnen werden, nur dann können wir den Aufständigen, die wir von der Gasanstalt noch zu gewärtigen haben, gegenüber treten.

**Rixdorf.** Die im August d. J. geforderten Lohnerböhrungen sind vom Stadtverordneten Kollegium bewilligt worden. Siehe auch Bericht (Spalte 446/7 d. J.) Die dadurch eintretende Ueber schreitung des Voranschlags der Gasanstalt für 1905 um rund 5000 M. wurde genehmigt.

**Reichenbach i. B.** Jetzt, wo die Arbeiter der hiesigen Gasanstalt in einer Lohnbewegung stehen, dürfte der Jahresabschluss der Gasanstalt für jeden interessant sein. Die Einnahme vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905 betrug 216 778,96 M., die Ausgabe 135 428,78 M., es verbleibt ein Reingewinn von 81 350,18 M. Dies sind 37 Proz. der Gesamteinnahme als Nettogewinn, ähnlich wie in den Apotheken, die bekanntlich auch mit ansehnlichen Prozenten kalkulieren. Vom Reingewinn werden 51 359,18 M. abgeschrieben, 30 000 M. kommen auf 1000 Aktien und 150 M. als Dividende zur Verfügung. Dies sind 20 Proz. Die Abschreibungen reduzieren die Dividende horrend. Der gesamte Reingewinn beträgt 54 Proz. des Aktienkapitals. Nach diesem Geschäftsabschluss darf man wohl annehmen, daß eine Lohnaufbesserung das Unternehmen nicht zugrunde richtet. Es wird nach wie vor 20 Proz. legen können. Die Zukunft wird lehren, wie das Entgegenkommen sein wird.

Zu den eigentlichen Lohnforderungen ist zu bemerken, daß sie der Verwaltung des Gaswerks bekannt sind und von ihr schon einmal abgelehnt wurden. Die gegenwertigen Lohnverhältnisse haben wir bereits auf Spalte 473 der „G.“ behandelt. Die Forderungen lauten: Allgemeine Erhöhung des Tagelohnes um 15 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag, Vereinfachung der 24stündigen Wechsel schicht und dafür Sonntags das Dreifachhundertem. Einführung der 14tägigen Mündigung, Einstellung des ersten Pilsmannes immer schon Anfang Oktober und nicht Mitte November. Diese Forderungen hat, wie gesagt, die Direktion schon einmal abgelehnt. Nur für die 24stündige Wechsel schicht sollten die Löhne für Vorarbeiter um 1,50 M. und für Feinarbeiter um M. 1,25 aufgebessert werden. Dieses Angebot konnten die Arbeiter, denen es auf Vereinfachung der mörderischen 24 Stunden schicht ankommt, nicht annehmen. Die Direktion dagegen hat bei den Gasverwaltungen Merane, Krimmitschau, Verdau, Ziegenfeld, Annaberg und Regisbau nach den dortigen Verhältnissen angefragt. Die Lohnverhältnisse in den genannten Orten sind nun auch sehr rüchständig und bieten ein schlechtes Muster. Ferner ist zu beachten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Reichenbach sehr ungünstig im Vergleich zu den anderen Plätzen liegen. Die Forderungen sind aufs neue eingereicht und es steht zu hoffen, daß die Direktion ein weiteres Entgegenkommen zeigt.

**Weißburg.** Die „Weißburger Gasbeleuchtungs-Gesellschaft“ hat, so sehr es man der „Frankf. St.“ aus freien Stücken die Löhne ihrer sämtlichen Arbeiter um 30 Pf. für die Schicht erhoht und auch eine Gewinnbeteiligung für sie eingeführt, indem je nach den Betriebsergebnissen eine Lohnnachzahlung bis zu 20 Pf. für die Schicht, also 73 M. für ein Jahr, am Schlusse des Betriebsjahres erfolgen kann.

**Aus unierer Bewegung.**

**Berlin IV.** Generalversammlung. Ein schleuniger Antrag des Kollegen Gahlwicht verlanst den Ausschluß des Kollegen Stolze aus der Organisation wegen Verleumdung. Von verschiedenen Seiten wurde die Handlungsweise des St. auf das schärfste gemißbilligt. Kollege St. nahm hierauf die Verteidigung zurück und verpflichtete sich, eine dahingehende Erklärung in der „Gewerkschaft“ zu geben. Die Versammlung erklärte sich darüber befriedigt. Den Bericht der Sektionsleitung gab Kollege Polenske. Auch im zweiten Quartal wurde die intensive Agitation fortgesetzt. Die Erlöse sind nicht ausgeblieben: Mariendorf, Weihensee und Wilmersdorf sind nun größtenteils organisiert, auch in den übrigen Betrieben sind erteuliche Fortschritte zu verzeichnen. Am Ende des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl 684, Reinnahmen fanden statt 218, zusammen 934; es schrieben aus 6, mithin beträgt die Mitgliederzahl 928.

Es fanden im Berichtsjahre statt: 3 Vorstandssitzungen, eine Vertrauensmännerversammlung, eine Sitzung der Ausschüsse, eine der Kassierer, eine kombinierte Sitzung der Vertrauensleute und Ausschüsse, eine Sektions-, eine öffentliche und 23 Betriebsversammlungen.

Den Massenbericht gab Kollege Zareba. Auf Antrag Niemann wurde dem Kassierer Ledwage erteilt. Eine Diskussion über den Vorstandsbericht wurde nicht beliebt.

Zum zweiten Punkt: Stellungnahme zum Kampffonds, referierte Polenske. Er hält den Anschlag der Sektion IV an den Kampffonds für unbedingt notwendig, sowohl aus Solidarität gegenüber den städtischen Kollegen, wie auch aus der Notwendigkeit heraus, unsere ganze Bewegung auf eine breitere und gesündere Basis zu stellen. In der lebhaften Diskussion, an der sich die Kollegen Zienel, Jöngkeit, Hertel, Altwel, Titmer u. a. beteiligten, wurde die Notwendigkeit der Erhebung des Kampffonds allseitig betont. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute, am 9. Oktober 1905, bei Ebn, Schönberg, versammelten organisierten Arbeiter sämtlicher Enghäuser Gasanstalten Berlins und Umgegend protestieren auf das schärfste gegen die ab-

lehrende Haltung der Direktion in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht resp. neun Stunden. Die Versammelten erklärten sich solidarisch mit den Kollegen der städtischen Gasanstalten und verpflichteten sich, mit allen Mitteln für die baldige Durchführung ihrer Forderungen einzutreten. Desgleichen halten die Versammelten es für unbedingt notwendig, daß sich die Sektion IV in der Frage des Kampffonds den Kollegen der städtischen Gasanstalten anschließt. Sie beauftragen die Sektionsleitung, in Kürze eine Urabstimmung vorzunehmen. Falls sich die Mehrheit der Kollegen für den Kampffonds von 15 Pf. pro Woche erklärt, tritt die Erhöhung der Beiträge auf 40 Pf. am 1. November d. J. in Kraft.

**Punkt 3: Anträge für die Arbeiterausschüsse.** Es wurden folgende „Allgemein“-Anträge aufgestellt: 1. Abänderung des § 6 Absatz 5 der Arbeitsordnung, Bezahlgang der beschränkenden Bestimmungen während der Bauzeit. 2. Für das passive Wahlrecht ist eine dreijährige Tätigkeits-Vorbedingung. Die beschränkenden Bestimmungen, daß der zu Wählende drei Jahre bei ein und derselben Kategorie beschäftigt sein muß, sind aufzuheben.

Unter Verlesenen fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute, am 9. Oktober, versammelten Arbeiter der J. G. M. protestieren gegen die Verschleppung der Neuwahlen zum Arbeiterausschuss für das Gaswerk Mariendorf. Die Versammelten erwarten, daß eine baldige Neuwahl angeordnet wird. Sollte die Neuwahl nicht in Kürze vorgenommen werden, verpflichtet die Versammlung die Mitglieder der sämtlichen Arbeiterausschüsse, ihre Mandate niederzulegen.“

Mit einem Appell zu reger Mitarbeit im neuen Quartal schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Berlin IV. Englische Gasanstalten (Betrieb Schöneberg, Reviere-Bureau Köpenicker Straße und Wilmersdorf).** Am 18. September wurde bei Herrn Ebitz, Schöneberg, eine Betriebsversammlung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erboten die Versammelten in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Trems und Poda. Dann hielt Kollege Krenzlom einen längeren Vortrag über die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung und ihre Ziele. In der lebhaften Diskussion wurden auch die Parteitage in Köln und Jena, sowie die Reiseleiter berührt. Dann wurde die für die Arbeiter so günstige Beilegung des Streiks in Kirdorf besprochen. Dank des festen Zusammenhaltens der organisierten Kollegen, sowie durch das energische Vorgehen der Vertrauensleute, wurden diese Erfolge erzielt. Einige Kollegen besprachen alsdann wieder die Betriebsmängel. So u. A. die ungleichmäßige Handhabung der Wachezeit. Ferner sind bei der Entlassung von Arbeitern Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Kollegen, die bis zu 2 Jahren ihre Arbeit getan, wurden entlassen, während Leute, die erst kurze Zeit beschäftigt sind, in Arbeit blieben, und so weiter. Dann erfolgte die Neuwahl des Kassierers. An Stelle von Jocke wurde Jürges einstimmig gewählt. Dem bisherigen Kassierer Jocke sprach die Versammlung ihren Dank für die Führung der Kasse aus. Als Vertrauensleute wurden die Kollegen Sublmann und Engel gewählt. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

**Bremen.** Eine öffentliche Versammlung der bremischen Staatsarbeiter tagte am 12. September im Vereinssaal. Die Versammlung wies einen außerordentlich guten Besuch auf. Arbeitsekretär Hr. Ebert referierte in reichlich schätzbaren Ausführungen über das Thema: „Welchen Nutzen hat die Organisation für den Staatsarbeiter?“ Referent legte dar, daß in den Gemeindebetrieben zu wenig nicht minder wie in Privatbetrieben die Produktivität herabsetzt und der Grund dafür, daß Staatsbetriebe unrentabel sein sollten, recht wenig auf Geltung komme. Die Staatsarbeiter besünden sich in derselben Lage, wie die Arbeiter in anderen Betrieben; nur durch eine entsprechende Organisation ist es ihnen möglich, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Im Land der höchsten niedrigen Lohnsätze weiß Redner die dringend verbesserungsbedürftige Lage der bremischen Staatsarbeiter nach und erläutert sodann eine Reihe in hiesigen staatlichen Betrieben bestehender Mängel, wie der Mangel einer Ausbildungszeit und die Aufkündigung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Arbeiter auf dem Gaswerk. Die vielfach überlange Arbeitszeit, das gänzliche Fehlen einer Alters- und Altersvorsorge für die Arbeiter, Redner schließt mit der Aufforderung zum tatkräftigen Ausbau der Organisation und mit dem Erläutern, durch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel bei den Wahlen für eine Verbesserung der Staatsarbeiter zu sorgen.

Die Darlegungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Staatsarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie bekräftigt mehr als bisher für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen und erkennt in der Ausbreitung der Organisation das beste Mittel, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen gehoben und besser werden. Sie muß es daher jedem Staatsarbeiter zur dringenden Pflicht, der Organisation der Staatsarbeiter beizutreten.“

An die öffentliche Versammlung schloß sich eine Mitglieder-Versammlung an.

**Breslau, am 19. September.** Stark besuchte Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: „Innerer Ausbau der Filiale“. Die Fragen einer örtlichen Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche, die Einführung einer Krankenunterstützung, sowie die Anstellung eines Lokalbeamten, haben die Filiale schon seit Wochen beschäftigt. Die Erhöhung des Beitrages wurde in geheimer Abstimmung mit 282 gegen 8 Stimmen beschlossen und damit auch gleichzeitig die Einführung einer Krankenunterstützung. Es sei bei dieser Gelegenheit nachträglich noch bemerkt, daß auch der bereits gemeldete Beschluß der Handwerker und Arbeiter in den Gaswerken, betreffend die Gründung eines Kampffonds durch geheime Abstimmung herbeigeführt worden ist. Der Hauptvorstand hat den Kollegen Rehrlein als Gauleiter für Schlesien und Sachsen angestellt. Die Filiale Breslau ist davon nicht gerade allzujehr erbaut, man ist der Ansicht, daß es in Breslau allein für einen Beamten genügend Arbeit gibt und dieser bestenfalls nur Schlesien mit bearbeiten solle. Man glaubt indes, daß der geschaffene Zustand nur ein vorübergehender sein wird, da die Entwicklung des Verbandes bald dazu führen würde, für Sachsen allein gleichfalls einen Beamten anzustellen. Rehrlein teilt offiziell mit, daß er seine Stellung als Arbeitsekretär aufkündigt habe und seine ganze Kraft für die Gemeindearbeiter einsetze werde. Ein Antrag des Hauptvorstandes, wonach beim nächsten Verbandstage auf 250 Mitglieder ein Delegierter entfallen soll, anstatt wie bisher auf 150, wurde angenommen. Es gelangten dann noch verschiedene Vorfälle aus städtischen Betrieben zur Sprache. Der Arbeiter Peter war 27 Jahre beim Gaswerk II beschäftigt und hat sich nie etwas zuzuhören lassen. Vor einiger Zeit ist er wegen verübten Diebstahls zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Mann behauptet noch heute unfehlbar zu sein. Er wurde an dem geöffneten Spindel eines Kollegen gefangen und will das Spindel nur aus Versehen anstatt des feintigen geöffnet haben. Er hat den Fall durch alle Instanzen geführt, zuletzt ein Bittgesuch an den Kaiser gerichtet aber vergeblich; er mußte die zwei Tage Strafe hinnehmen. Im Verbandsrat man der Ansicht, daß das kleine Versehen nicht ausreichen sollte, einen Arbeiter nach 27jähriger Tätigkeit zu entlassen. Ein Gesuch an den Oberbürgermeister aber um Wiedereinstellung blieb ohne Erfolg und ebenso wurde ein weiteres Gesuch um Gewährung eines kleinen Ruhegeldes abschlägig beschieden. Der Stationschreiber Junik vom städtischen Gasen war strafweise auf die Straße veretzt worden, weil er in einer Versammlung Mißstände im Gasen zur Sprache gebracht hatte. Nachdem der Fall mehrfach in Versammlungen besprochen worden, hat der Betreffende jetzt seine Kündigung erhalten, unter der Bedingung, man könne sich doch nicht mehr zum ihm vertragen. Der Arbeiter Kausl war lange Zeit am Gaswerk, später am Gasen beschäftigt. Er hat dann eine Rippe gebrochen und war krank. Später war er durch eine Entbindung seiner Frau etliche Tage an der Arbeit verhindert und wurde daraufhin entlassen. Der mehr Grund dürfte aber zweifellos in seiner Tätigkeit für den Verband liegen. Stadtrat Rosenbaum, der Decernent des Botens, wie der Oberbürgermeister „billigen die Gründe“ der Entlassung. Alle diese Fälle können für den Verband nur das eine beweisen, daß es notwendig ist, um so fleißiger zu agitieren, damit die Zeit recht bald vorüber ist, wo die Stadtverwaltung und die Betriebsleitungen „eine Anstalt“ halten können. Lebhaft beklagt wurde, daß die Wünsche der Körner und Standrohrerker usw. bisher noch nicht in Stadtverordneten vorzulegen haben, trotzdem diese bereits zwei Sitzungen abhielten. Es ist bereits Herbst und so werden wohl die betreffenden Arbeiter auch in diesem Jahre noch auf ihren Sommerurlaub verzichten müssen.

**Treuen.** Eine öffentliche Versammlung am 24. September beschäftigte sich mit der Forderung des Achtstundentages, die an den Rat der Stadt für die Gasarbeiter und die der Wasser- und Elektrizitätswerke gestellt werden soll. Für die sonstigen Betriebsarbeiter soll der neunstündige Arbeitstag gefordert werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Genosse Viechen eine eingetragene Erklärung der Reichsämtern und Decern, worin diese ihre Sympathie für die gestellte Forderung zum Ausdruck bringen. Die Erklärung lautet:

„Die Reichsämtern, Oberbürger und Deizer erkennen an, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in den elektrischen Betrieben höchst notwendig ist. Die jetzige zehn- und dreizehnstündige wechselnde Schicht wirkt furchtbar nachteilig auf die Gesundheit und in auf die Dauer nicht abhalten. Weil in den elektrischen Betrieben eine dreizehntägige Schicht besteht, so ist bei einigemmaßen Entzagenkommen seitens der Stadt, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, ohne erhebliche Mittel anzuzuwenden. Die Nachschicht muß mindestens auf 8 Stunden reduziert werden. Wir fordern der Arbeiterschaft jede mögliche Unterstützung und Solidarität zu und sprechen den Wunsch aus, der Arbeiterausschuss möge baldmöglichst mit dem Betriebsrat in Verbindung treten.“

Die Erklärung wird mit lebhaftem Bravo entgegengenommen. Als Referent schildert der Vertreter des Verbandsvorstandes Albin Nöbbe Berlin nach Besprechung der Verhältnisse in den Wasser- und Elektrizitätswerken die Lage der Gasarbeiter und wie deren Beruf nachteilig auf die Gesundheit einwirkt. Ueber die vielen Erkrankungen der Gasarbeiter beklagten sich sogar lebhaft die betreffenden Betriebsführer. Redner führt zum Beweise dafür interessante

Zahlenmaterial an. Von diesem Zustande haben auch die Stadtverwaltungen finanziellen Schaden. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit seien z. B. die Gasarbeiter in Mainz 710 Tage krank gewesen, dagegen bei achttündiger Arbeitszeit nur 316 Tage. In Bremen, Aachen, Nürnberg, Regensburg, Mainz, Offenbach, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart, Ludwigshafen und Darmen ist zum Teil der Achtstundentag schon eingeührt und hat überall ein günstiges Resultat für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter gezeigt. Falsch sei auch der Standpunkt, den viele Arbeiter selbst zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit einnehmen, indem sie diese nicht wollen, weil sie einen Anfall an Lohn erwarten. Natürlich muß die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung stehen mit einer Erhöhung des Lohnes, so daß der Wochenverdienst derselbe bleibt. Sonst man zweimal nicht durch, nun, so werde man eben wiederkommen, und wenn alle friedlichen Bemühungen nichts nützen, werde man schließlich auch das letzte Mittel der Arbeitsniederlegung nicht scheuen. Man müsse sich natürlich auf eventuelle Opfer gefaßt machen und diese zu bringen bereit sein. Daran müßten sich auch die hiesigen Kollegen gewöhnen. „Erfolg.“ Dann könne auch auf Erfolge gerechnet werden. Es liege keine Ursache vor, in dieser Zeit in Betracht kommenden Frage eine sagbare Haltung einzunehmen. Aber im allgemeinen müßten die Gemeinbedarbeiter mehr Wert auf die Stärkung der Organisation legen, dann könnte auch für alle eine wesentliche Besserung ihrer Lage herbeigeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte berührt sich die allgemeine Gärung, die jetzt im Elektrizitätswerk herrscht. Es seien dort Zustände eingetreten, die bei dem vorliegenden Anlaß die Empörung zum Ausbruch bringen könnte. Diese vorläufige Bedrohliche der Arbeiterzeit ist noch weniger als die Gasarbeiter. „Sehr richtig.“ Nöcker gibt im Namen des Arbeiterausschusses für die Elektrizitätswerke folgende Erklärung ab, die auch naber bezeichnend:

„Am Anfang des Monats Juli beauftragte die Arbeiterkammer den Vorstand, dem Betriebsrat um eine Ausschickung nachzuforschen mit der Tagesordnung, den Rat zu bitten, an Stelle der jetzt stündentlicher die Achtstündentag einzuführen. Der Vorsitzende des Ausschusses legte dem Betriebsrat am 14. Juli die Tagesordnung vor. Im Namen des Ausschusses muß ich mit Bedauern konstatieren, daß wir bis heute noch keine Antwort haben, der Ausschuss sowie die Arbeiter sind der Meinung, daß dies das Vertrauen zum Betriebsrat nicht erhöht, sondern immer mehr erschüttert. Die Tagesordnung soll beim Herrn Oberbürgermeister liegen, wurde vor vier Wochen gefaßt, aus diesem Grunde hofft der Arbeiterausschuss immer noch, daß der Rat der Sache naber treten wird. Ich möchte hier nicht unterlassen, zur Ruhe und Hebung zu ermahnen. Der Ausschuss wird sich die möglichste Mühe geben, um einige Punkte zu erlangen. Wir wollen unter allen Umständen den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten erhalten.“

Nach sehr lebhafter Debatte, in der sämtliche Redner sich mit dem beabsichtigten Vorgehen einverstanden erklärten, bemerkte am Schlußwort der Referent, daß es wünschenswert sei, daß auch von der Seite der hiesigen Arbeiter in ihren Betreibungen unterstützt würden. Ein schönes Beispiel habe darin feinerzeit die gesamte hiesige Presse in Darmen gegeben. Dort wäre nicht nur die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit als nötig anerkannt, sondern nachdrücklich unterstützt worden. Mit einem kräftigen Appell, die Organisation zu fördern, schließt Redner seine Ausführungen.

Folgende Resolution wird angenommen:

„Die versammelten hiesigen Arbeiter erklären die Verkürzung der Arbeitszeit als eine Kulturforderung und als solche die notwendige Bedingung zur Hebung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Klassen. Die Gemeinbedarbeiter Dresden erklären sich deshalb einig mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern aller deutschen Städte und fordern, daß Gemeinde- und Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen und die Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie zu fördern verpflichtet sind. In Anbetracht dessen fordern die hiesigen Arbeiter für die im Schichtwechsel tätigen Arbeiter die Einführung des Achtstundentages, für alle übrigen hiesigen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit, unter Beibehaltung der gegenwärtigen Tagelöhne. Die Versammelten versprechen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen einzutreten. Sie erklären in der Organisation der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter die höchste Möglichkeit, ihre Forderungen zu verwirklichen und verpflichten sich daher, jeden ihrer Arbeitskollegen dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands zuzuführen.“

**Nürnberg.** Unsere Kollegen haben an die beiden Kollegen eine Eingabe gerichtet, in der sie verlangen, daß an Stelle der bereits für vier Betriebe bestehenden Arbeitsforderungen eine allgemeine Arbeitsforderung eingebracht werde auf folgender Grundlage: 54stündige Arbeitszeit, Minimallohn von 4 M. für qualifizierte Arbeiter, von 3,50 M. für Helfer usw. und von 3 M. für Tagelöhner. Die Löhne sollen zehn Jahre lang jedes Jahr um 10 Pf. pro Tag erhöht werden. Nach dreijähriger Dienstzeit ist ein Urlaub von einer Woche zu gewähren, für Schichtarbeiter des Gas- und Wasserwerkes schon nach einjähriger Dienstzeit; Errichtung eines

Arbeiterausschusses für sämtliche Betriebe; Errichtung eines Arbeitsnachweises für die städtischen Arbeiter; Bezahlung der Überstunden mit 33 1/2 Proz. der Nacharbeit mit 50 Proz. und der Feiertags- und Sonntagsarbeit mit 75 Proz. Zuschlag. Für die Katernenwärter wird ein Mindestlohn von 60 M. monatlich verlangt, der jährlich um 3 M. bis zum Höchstbetrage von 75 M. steigen soll.

**Wagzburg.** Die Monatsversammlung unserer Filiale fand am 16. September statt. Das Ableben des Kollegen Niemann wurde durch Erheben von den Klagen gelehrt. Der Kollege S. erstattet den Gewerkschaftsartikelbericht. Von den Mitteilungen des Filialvorstandes ist hervorzuheben, daß der entlassene Kollege Sch. Arbeiterausschussmitglied der Katernenwärter, wieder eingestellt sei. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Diskussion, welche folgendes Resultat zeitigte. Die Versammelten nehmen die Wiedereinstellung des in Frage kommenden Kollegen mit Befriedigung entgegen. Sie wünschen, daß eine Einstellung mit alten Rechten erfolgen soll. Ferner geben alle Redner ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß bei irgend einer Schwächung des Sch. instanzengemäß vorgegangen wird. Im Verlauf der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen: Was für eine Stellung würde das Gewerbegericht bei diesem Entlassungsgrund einnehmen? Allgemein verurteilten die Versammelten das Vorgehen des Oberbeleuchtungsleiters W. und betonten insbesondere, daß durch solch rigoroses Vorgehen gewisser Unterbeamter der Stadt leicht Schaden erwachsen kann. Die angeforderte Protestversammlung kann ob dieser günstigen Wendung ausfallen. Der Vorsitzende verliest dann einige interessante Gewerbegerichtsentscheidungen und läßt darüber eine Diskussion eintreten. Während der Diskussion bringt Kollege N. eine nicht recht aufgeklärte aber nicht leicht zu vertiefende Beurteilung zur Sprache. Kollege K. bedauerte ihm gegenüber, solange dem Verband gegenüber in dieser Sache kein Schied geschloß, möge sie auf sich beruhen. Dem schloßen sich die folgenden Redner an. Kaum scheint der mysteriöse Entlassungsfall der Katernenwärter rückgängig gemacht zu sein, so erhebt sich von wieder das Angehen eines neuen Falles oder zum mindesten das Vorwärt zur Entlassung. In diesem Falle scheint man ein Arbeiterausschussmitglied der hiesigen Straßenreinigung zum Opfer erlösen zu haben. Der Sachverhalt ist folgender: Die Arbeiter der hiesigen Straßenreinigung haben eingesehen, daß man mit geduldigen Worten bei fleißiger, treuer Dienstleistung nichts von gnädiger Hand erhoffen kann. Die sehr niedrigen Löhne wollen nicht hin und herreden. Seit längerer Zeit fanden Betriebsüberwachungen statt. Nicht fühlbar machte sich nun bei langer Entlohnung die in ganz Deutschland herrschende Rezession. Das wollten die Arbeiter der hiesigen Straßenreinigung gegen ihre Familien nicht länger mit und willen mit ansehen. Sie fertigten auf Grund beängstigender Vorwürfe eine Lohneingabe an den Magistrat an. Aber o weh, man hat die Rechnung ohne den Herrn gemacht, der diese Eingabe zurückschickte an den Arbeiterausschuss. Die Eingabe war gedruckt, rein und sauber abgefaßt. Als sie zurückkam, war sie nicht wieder zu erkennen. Wenn man nun bedenkt, von Arbeiterhand eingereichte Wünsche werden einfach ignoriert und zurückgeschickt. Schaden, die neben der vielen Mühe auch Arbeitergroßnein gelöst haben. Auch wenn man weiter in Betracht zieht, daß sich eine Lohnforderung gar nicht besser und günstiger begründen läßt, so muß dieses Vorgehen gegen anständige, fleißige, alte, ehrliche Arbeiter erbittern. Hier scheint man also wieder von unterer Seite Wasser in den Wein schenken zu wollen. Wir wünschen im Prinzip, daß die obere Behörde auch diesen Beamten klar macht, daß Arbeiter das Recht haben, ihre Forderungen vorzutragen. Alsdann vertrat Kollege Forster noch einmal seinen Standpunkt in der Delegiertenfrage und meinte, es dürfe nicht loblich von den Beisitzern der Verbandsbeamten abhängig gemacht werden. Nach Erledigung diverser Interna wurde die Versammlung geschlossen.

**Mainz.** Straßenbahnerversammlung am 16. September 1905. Im Depot werden an der Tafel gemütlich nur dienstliche Besprechungen angedacht. Am 16. September aber präunte eine in Mundschiff (was wohl zeigen sollte, wobei die Einladung stimmte) ausgesandte Aufforderung zu einer abends nach 10 Uhr stattfindenden Straßenbahnerversammlung wieder Gründung eines Straßenbahnervereins an dieser Tafel. Aus der Rede meines Mitgliedes an dieser Tafel, aus der Wortlaut dieses Anschlagens anhängig wurde, soll er der Meinung gewesen sein, daß eine solche Besammlung nicht auf diese Tafel gehöre, die diese sei nur für Kleinigkeiten da; es soll aber demselben bezeugt worden sein, der Chef habe die Sache genehmigt. Der Eisenrührer, Verbandsmitglied Dutter, eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, daß die beabsichtigte Gründung sich nicht gegen den Verband hiesiger Arbeiter richte. Darauf hielt der Beamte der Straßenbahn, Staffierer Seble, eine Rede auf den zu gründenden Verein, den er als eine soziale Notwendigkeit eries, um seine Mitglieder bei der Arbeit und Not unterstützen zu können. Dies sei eine Forderung, die auch vom Staatsminister Wadd in dessen Wirkungskreis eingeschuldet und deshalb empfehlenswert sei. Nun wollte er ein (unabwendbar) von ihm selbst verfaßtes Statut verlesen, welches paragrafenweise angenommen werden sollte. In der Diskussion kritisierte nun der anwesende Vorsitzende des Verbandes der hiesigen Arbeiter die Einberufung der Versammlung durch

ein Verbandsmitglied und den Aufsatz an der Diensttafel. Nun war die Geduld des Herrn Beamten erschöpft und er unterbrach den Medner mit den Worten: „Die Bekanntgabe der Versammlung an der Diensttafel ist Dienstsache, hieran hat niemand Anteil zu üben. Ueberhaupt, wer sind Sie und was wollen Sie hier?“ Diese erregte Frage zeigte den Straßenbahnern, worauf die Geschichte abgelaufe. Dem erzürnten Mann wurde bedeutet, er möge den Medner, der Vorsitzender der städtischen Arbeiter sei, nicht unterbrechen. Weiterer fuhr nunmehr fort, indem er darauf hinwies, daß der Verband bereits leiste, was der Verein leisten sollte. Der Verband leiste noch viel mehr, sobald die Mitglieder sich bereit finden lassen, höhere Beiträge zu zahlen. Der Herr Beamte möge für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit eintreten, dann sei den Straßenbahnern geholfen und brauchten den Judenwasserteich nicht. Man sprach sich die Straßenbahner in nicht mäßig-erreichender Weise aus. Der Dienst sei zu lang und anstrengend, die Dienzeit sei keine geregelte, die Entlohnung des Dienstes sehr rigoros, so waren z. B. letzter Tage mehrere Fahrer von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ununterbrochen im Dienst, zum Essen war keine Gelegenheit und einer wäre fast vor Hunger umgefallen. Um die Wirkung dieser Worte zu erhöhen, erklärte der Einbrucher jetzt, daß er aus dem Verbande aus- und in den neuen Verband eintreten werde. Nun war der Beweis geliefert, was man wollte: die Sektion der Straßenbahner zu sprengen. Diese Absicht ist völlig mißlungen. Die Verbandsmitglieder verließen geschloffen das Lokal und ließen den Herrn Beamten mit 3-4 seiner getreuen Heben Minder am Schauplatz seines Misfalles zurück. In einer darauffolgenden, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung, die am 23. September stattfand, wurde die weitere Taktik zur Ausbreitung des Verbandes festgelegt und soll nächstens eine Vertrauenskommission ernannt werden. Beiproben wurde weiter das Verhalten der von der Süddeutschen Pferdebahn in städtische Dienste übergetretenen älteren Schaffner. Diese Herren fühlen sich mehr als städtische Beamte, denn städtische Arbeiter; es sei nötig, eine Schwärzung zwischen den Alten und Jungen vorzunehmen. Dem Solidarität sei den Alten ein Buch mit sieben Siegeln. Sei doch dem Chef, Herrn Ingenieur Schmidtmann, von einer solchen in-differenten Seite ein tad. Kartoffeln geschickt worden. In Würdigung solcher Schwärzung hat Herr Schmidtmann die Kartoffeln dem Bureaudirektor geschickt. Auch die Strafverfügungen des Herrn Schmidtmann werden als ein großes Unrecht empfunden. Die Verordnungen sind auf der zu kurze Kadastre zurückzuführen. Statt der unproduktiven achtstündigen Kadastre sind es nur fünf Stunden, denn die letzten Wagen laufen erst nach elf Uhr ein. Es wird mit der Abrechnung 11½ Uhr, und am nächsten Morgen vor 6 Uhr beginnt der Dienst schon wieder. Mögen die Mitglieder sich immer so geschlossen zeigen, dann wird der Sieg doch unser sein.

Dem städtischen Hebe aber sei gesagt, daß er sich um andere Sachen kümmern soll, als darum, was die Straßenbahner in ihrer freien Zeit tun und lassen. Es war bisher nicht üblich in Mainz, daß man städtischen Bediensteten nach demselben Verdienst eine Organisation aufzubauen, und wie erwarten von der Bürgermeierei, daß sie dem Beamten bedeutet, wo seine Pflichten aufhören, sonst müßte es von anderer Seite in wenig angenehmer Form geschehen.

**Mainheim.** Am Samstag, den 23. September fand im Lokal „Goldener Marzipan“ eine Mitgliederversammlung statt, welche folgende Tagesordnung erledigte: 1. Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die städtischen Arbeiter, 2. Bericht von der Süddeutschen Konferenz, 3. Bericht der Arbeiterausschüsse, 4. Kartellvertrag. Das Referat zum ersten Punkt hatte Stadtverordneter Schmidt übernommen, welcher eingehend die Anweisungen über die Bedeutung einer starken Arbeitervertretung im Bürgerausschuß belehrte. Der sehr belehrende Vortrag wurde mit reichem Beifall ausgenommen. Nach Erledigung der anderen Punkte fand die sehr anregende Versammlung ihren Schluß.

**Stettin.** Die Straßenreiniger hielten ihre Sektionsversammlung am 16. September im Lokale des Genossen Süde ab. Kollege Wollat sprach über den Massenkampf und legte den Kollegen die Mittel und Wege klar, wie sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern können. Einige Kollegen sprachen sich ebenfalls im Sinne des Referenten aus. Nach Erledigung mehrerer Angelegenheiten wurde auch der kämpfenden Vorarbeiter Gasarbeiter gedacht, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

**Strasbourg.** Die Bedeutung der neuen Arbeits-satzung und des Versorgungshilfs für die städtischen Arbeiter Strasbourg erstreckte am 28. September die öffentliche, sehr gut besuchte Versammlung in der Branner Schweizer. Das Referat erhaltete in ausführlicher und gründlicher Weise Genosse Geller, der sich um unsere Angelegenheiten sehr verdient gemacht hat.

Die Hauptaufgabe der städtischen Arbeiter, sie hat auch die Städte zu großen Arbeitern gemacht. Die Tatsache, daß der Zustand zum überwiegend Industrieort geworden ist, hat sich besonders klar, nur die Wirtschaftsmittel der Städte, und darunter selbstverständlich auch diejenige der Stadt Strasbourg, welche standortmäßig schon früher. Man sollte darum annehmen, daß die Städte den privaten Arbeitern in bezug auf soziale Einrichtungen und

Handhabung einer gesunden und fortschrittlichen Sozialpolitik als Muster dienen sollten. Leider haben die Städte in dieser Beziehung allenthalben sehr zu wünschen übrig gelassen, und erst in letzter Zeit ist hierin bei einigen fortgeschrittenen Gemeindeführern eine Besserung eingetreten, doch muß hierbei die in der Stimmung immer mehr eindringende Sozialdemokratie in der Regel als treibende Kraft bezeichnet werden. Wenn es in der Familie des Arbeiters oft nicht so aussieht, wie es aussehen sollte, so trägt nicht zum wenigsten eine überlange Arbeitszeit die Schuld, sowie die schlechten Löhne, welche, obwohl gegen früher geringen, im Verhältnis zu den gesteigerten Lebensmittelpreisen, überhaupt alles dessen, was zum Lebensunterhalt gehört, aber trotzdem in keinem Verhältnis stehen. Arbeiter wie Arbeitgeber haben das ureigenste Interesse daran, eine geregelte Arbeitszeit einzuführen, denn es ist festzustellen, daß eine verkürzte Arbeitszeit den Arbeitsvertrag steigert; das gleiche Interesse liegt auch in der Gewährung eines angemessenen Lohnes. Bis jetzt herrscht unter den hiesigen städtischen Arbeitern die größte Unklarheit über ihre Pflichten und Rechte; weder über die Arbeitszeit noch über den Lohn noch über die zulässigen Strafen was etwas Genaueres festgelegt, es herrscht hierin die größte Willkür, und es ist zu hoffen, daß mit Inkrafttreten der neuen Arbeits-satzung diese Mißstände behoben werden. Die Stadt wird die nun begonnene Sozialpolitik unter den Gemeindeführern desto besser durchführen können, weil ja in einem derartigen Gemeinwesen das Eintreten der Heberideen nicht vorzuziehen soll, und es ist zu begrüßen, wenn in bezug auf Gleichberechtigung des Arbeiters bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht. Medner geht nun in eingehender Weise auf die neue städtische Arbeits-satzung und deren einzelne Bestimmungen ein; er bezeichnet die neuen Strafbestimmungen gegenüber der früheren Praxis als einen großen Fortschritt im Interesse der Arbeiter, ebenso auch die nunmehr festgesetzte zehnstündige Arbeitszeit. Durch die Neueinstellung des Lohnes ist nach Ansicht des Referenten ebenfalls eine wesentliche Besserung gegen früher erreicht worden, obwohl die festgesetzte Lohnsätze auch jetzt noch nicht dem Entsprechenden, was der Arbeiter zu fordern eigentlich berechtigt ist. Daß doch schon die Herabsetzung des Mindestlohnes auf 2,90 Mk. im Straßburger Gemeinderat harte Mängel feststellte und lediglich der sozialdemokratischen Reaktion, die ganz energisch für diese Erhöhung eintrat, in deren endgültige Annahme zu verstanden. Diejenigen Gemeinderatsmitglieder der bürgerlichen Parteien, welche auch Arbeitgeber sind, haben bekanntlich ihre Privatinteressen auch auf dem Rathause nicht vergessen und sehen deshalb in der Herabsetzung eines hohen durchschnittlichen Tagelohnes eine schwere Konkurrenz für ihre Betriebe. (Lebhaftes Rufen des Mißfallens.) Medner gerichtet scheint die vorerwähnte Lohnbesserung getroffen zu sein, welche dem Beamtenstand gegenüber den Arbeitern größere Vorteile bietet. Die Bestimmungen über die Heberstunden, die Entschädigung in Krankheitsfällen, die Urlaube, und Ferien-gewährung, sowie die Pensionsberechtigung sind unbestreitbar Vorteile für die Arbeiter. Bezüglich der Vorschriften über die Fest-anstellung im städtischen Dienste verlangt Medner seitens der Verwaltung lokale Handhabung. Durch die Erstattung von Arbeiter-anträgen werden sich die früheren Bekämpfer derselben, die Herren Jacobi und Walz, nach ihrer seit dem Februar Ergänzungen eingetretene Sinnesänderung, welche ebenfalls zur Einführung in ihren Betrieben enthielten. (Widerwärtig und ironische Zwischenrufe.) Im übrigen wird an der Erstattung der Arbeiter-ausschüsse noch manche Verbesserung notwendig sein. Die vorerwähnten Bestimmungen des Vorparlamentarismus werden vielleicht völlig über den Haufen geworfen durch den darin enthaltenen Artikel betreffend die Murrung über den Entzug der Anwaltschaft, doch wird sich zeigen, wie sich die Verhältnisse nach in Zukunft gestalten. Die Sitzungen treten am 17. Oktober in Kraft, jedoch mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober dieses Jahres. Medner bringt nach einem kräftigen Appell zur Organisation folgende Resolution zur Verteilung:

Die heute, am Donnerstag, den 28. September, von etwa 400 städtischen Arbeitern besuchte Versammlung erachtet die am 1. Oktober 1905 für den städtischen Betrieb in Kraft tretende Arbeits-satzung als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete städtischer Sozialpolitik an. Wenn die Versammelten in den Bestimmungen, welche die Arbeitszeit und die Löhne regeln, auch nicht das von ihnen zu Recht angeforderte Ziel erblicken, sehen sie doch die hauptsächlichsten Bestimmungen der Arbeits-satzung doch als den Anfang einer, die Existenzbedeutung der Arbeiter fördernden Sozialpolitik an. Nur die Befreiung verschiedener Mängel, welche der Arbeits-satzung nach aufzuzählen, in bezug auf, beantragt die Versammlung das Bureau derselben, im genannten Zeitpunkte die Einführung einer Petition an die Stadt zu veranlassen.

Im übrigen erwidern die Versammelten in der bestehenden Organisation der städtischen Arbeiter die beste Gewähr für die konsequente Durchführung der für die städtischen Arbeiter bestimmten und für den weiteren Ausbau derselben.

Der gemeindeführerliche Vortrag des Genossen Geller wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wandte sich zunächst Deplendatener Meier in überwie-

Weise gegen das Arbeitsstatut, welches wenig Anspruch auf Humanität und Gleichberechtigung machen konnte. Er verlangt größere Berücksichtigung der in gefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter in bezug auf Herabsetzung der zehnwöchentlichen Arbeitszeit usw. und trümmert die Arbeitsergebnisse der Arbeiterausschüsse zur Entgegnungnahme von Wünschen, die unter den städtischen Arbeitern in großer Menge vorhanden seien. Seine Ausführungen finden den lebhaftesten Beifall der Versammlung und rufen einen weiteren Redner auf den Plan, der ebenfalls die Forderungen des Vorgesetzten unterstützt, aber insbesondere die Lohnarbeiter und speziell den Vorgesetzten zum Beitritt in die Organisation auffordert. Nach einigen ebenfalls kritizierenden Worten des Vorsitzenden Rittmann wurde die Resolution mit allen gegen 1 Stimme angenommen, worauf Genosse Weiler das Wort zu einigen kurzen Schlussbemerkungen ergriß, in welchen er die Klagen der Diskussionredner zum Teil als berechtigt anerkannte. Wegen die vom ersten Diskussionredner aufgeworfene Behauptung der Unzulänglichkeit der Lohnerböhrungen (die bis zu 40 Proz. betragen) und der Leistungen der Versorgungseinrichtung nimmt Genosse Weiler eine gegenwärtige Stellung ein. Nach einem nochmaligen Aufruf zum Eintritt in die Organisation der Gemeinbedarbeiter, welche allein die Einhaltung und Verbesserung der neuen Satzungen garantiere, wird die Versammlung sodann um 12 Uhr geschlossen. Die Wahl von Mitgliedern des Arbeiterausschusses wurde der vorgeschriebenen Zeit halber auf die nächste in die „Globe“ einzuberufende Versammlung verschoben.

**Wiesbaden.** (Die städtischen Arbeiter und die Fleischtsteuerung.) Am 29. September fand im Konfordinasale eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter statt, in welcher der Arbeiterssekretär Philipp Müller über die Aufgabe der städtischen Arbeitersausschüsse und die Fleischtsteuerung referierte. Das häufig von Beifall unterbrochene Referat fand allgemeine Anerkennung und wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 29. September, im Saale der Konfordinasale tagende öffentliche Versammlung der Gemeinbedarbeiter der Stadt Wiesbaden erklärt sich mit den Ausführungen des Arbeiterssekretärs Philipp Müller einverstanden und verpflichtet die Mitglieder der Arbeitersausschüsse, bei ihren Vorgesetzten vorzüglich zu werden und zu beantragen, daß der Mindestlohn der städtischen Arbeiter pro Tag 4 Mk. betragen soll, und daß denjenigen Arbeitern, welche diesen oder einen höheren Lohn haben, eine Teuerungszulage von 2 Mk. pro Woche gewährt wird. Die vorstehende Forderung findet ihre Berechtigung nicht nur in der gegenwärtigen Fleischtsteuerung, vielmehr wird der demnächst in Kraft tretende neue Zelttarif eine sehr wesentliche Steigerung sämtlicher Lebensmittelpreise im Gefolge haben. Die Versammlung erwartet, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung obigen Forderungen ihre Zustimmung nicht verweigern wird.“ Nachdem in dieser Weise die städtischen Arbeiter in einer für sie äußerst wichtigen Frage Stellung genommen haben, wird zunächst abgemauert sein, ob die Vorsitzenden der verschiedenen städtischen Arbeitersausschüsse gewillt sind, die Resolution in allerhöchster Zeit zur Besprechung zu bringen. Geht dies nicht, was im Interesse des guten Einvernehmens zu betonen wäre, so müßten die Ausschußmitglieder über die Schritte der Vorsitzenden hinaus direkt an den Magistrat gehen. Wie die Diskussion und die Haltung der zahlreich erschienenen städtischen Arbeiter bezeugen, sind diese gewillt, mit allem Nachdruck die Sache durchzuführen. Zum Schluß sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Mahnung der Vorsitzenden Beherzigung findet, dem Verband der Staats- und Gemeinbedarbeiter beizutreten.

**Aus den Gemeinden.**

Der Magistrat der Stadt München hat beschlossen, auch weibliche Kräfte im Bureaudienst zu verwenden, und zwar werden sie teils als Hilfskräfte, teils als händige Gemeindebeamte, die auch pensionierte Ämter sind, aufgenommen.

**Städtischer Desinfektionsdienst in Stuttgart.** Die mit der Ausführung von Desinfektionsarbeiten betrauten Berufsfeuerwehrlente haben, wie in eine der letzten Gemeinderatsitzungen zu hören war, an die Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet, sie von diesem freiwilligen Amt zu entbinden. Die Veranlassung hierüber erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung. Wie wir erfahren, hat der Gemeinderat beifolgend dem Wunsch der Feuerleute nachzukommen und der städtischen Latrinenspektion die Weisung zu erteilen, unter dem Personal ihres Verwaltungsbereiches nachzuforschen, ob sich Freiwillige zur Übernahme des städtischen Desinfektionsdienstes gegen besondere Entschädigung finden. Es ist geplant, vier Desinfektoren auszubilden.

Eine glänzende Stellung wird augenblicklich im Städtischen Prechtbau (Wälder) angetreten. Dort wird eine „tüchtige Kraft“ als erster Verwaltungsfeldarbeiter unter folgenden Bedingungen gesucht:

Derselbe muß im Steuer-, Rechnungs- und Versicherungsweesen vorzüglich bewandert, alle vorerwähnten Angelegenheiten durch aus selbständig zu bearbeiten imstande und überhaupt befähigt

sein, dem Bureau eines mittleren Amtes (5175 Seelen) im Regierungsbezirk Arnberg selbständig vorzustehen, was durch Verbindung und Zeugnisse zu erweisen ist. Auf Verlangen sind die Prüfungen für mittlere Kommunalbeamte im Regierungsbezirk Arnberg nach Eintritt der Beschäftigung abzulegen.

Außerdem wird auf hares Urteil, Entschluß- und Dispositionsfähigkeit größter Wert gelegt. Und diese „tüchtige Kraft“ bekommt dann als Gehalt die fürstliche Summe von 100 Mk. monatlich. Man sollte es kaum für möglich halten! Oder hat man in dieser Anzeige nur hinzuzufügen vergessen, daß die tüchtige Kraft außerdem noch freie Wohnung (etwa 6 Zimmer) und freie Station im Werte von 3000 Mk. beziehen kann? Anders kann man doch ein solches Angebot kaum auffassen. Oder ist der Herr Amtmann, der es erläßt, anderer Meinung? H. A. W. G.

**Dies schreiben bürgerliche Mütter.**  
**Breslau.** Die neue Beamtenbesoldung hat auch den Subalternen Zulagen gebracht. Natürlich nach dem Grundsatz: je höher die Gehälter, desto höher die Zulagen. Wer über 4000 Mk. hatte kriegt 500 Mk. Zulage, über 3000 Mk. 350 Mk., über 2000 Mk. 200 Mk. und die unter 2000 Mk. Gehaltsmänner erhielten nur 100 Mk. Und die Arbeiter? Die Mehrzahl ging leer aus und nur die Gasarbeiter bekamen bekanntlich 20 Pf. pro Tag mehr. Das macht bei 300 Arbeitstagen die kolossale Summe von 60 Mk. pro Jahr!

Mit eigenen städtischen Arbeiterwohnungen hat die Kieler Stadtverwaltung keine günstigen Erfahrungen gemacht. Nach dem darüber erstatteten Bericht haben im Jahre 1904 im ganzen 22 von den seitens der Stadt für ihre Arbeiter hergestellten Wohnungen 76 Monate lang leer gestanden, und obwohl die Verwaltung sich insfolgedessen veranlaßt sah, die Miete durchweg um 2,50 Mk. im Monat herabzusetzen, fanden sich aus den Kreisen der städtischen Arbeiter, für die man die Häuser gebaut hatte, nicht genügend Respektanten, so daß die Wohnungen auch an andere Personen abgegeben werden mußten. Mit dem Verstreiten der Wohnungen waren für die Stadt nicht unbedeutliche Ausgaben für Reinigung usw. verbunden, so daß der Rechnungsabluß einer Einnahme von 11 607 Mk. eine Ausgabe von 5180 Mk. gegenüberstellt, in welcher letzterer Betrag und Verzinsung des aufgewandten Bankkapitals von 215 497 Mk. nicht mit verrechnet sind. — Auch in Danzow sollen die städtischen Arbeiter „Dienstwohnungen“ erhalten. Wir sind neugierig, wie sich da die Sache bewähren wird. Auch in Danau besteht eine ähnliche Einrichtung.

**Sanitäre Zustände in Götting (Provinz Posen).** Während in allen Städten die Sanitätspolizei jetzt dafür sorgt, daß Keimlichkeit herrscht, damit die jetzt herrschenden Zuden, wie Typhus und Cholera keine Verbreitung finden, läßt die Polizei in Götting es ruhig geschehen, wenn ganze Straßen berseht werden, so daß die Anwohner kein Fenster öffnen können. Aus Mangel an Sanifikation lassen manche Hausbesitzer die angestammte Faule mit Eintritt der Dunkelheit in den Rinnstein der Straßen abfließen, so daß das Passieren derselben elektrisierend wird. Obwohl dies schon fast ein Jahr lang geschieht, wird keine Abhilfe geschaffen. — Kultur in Ostbrien!

**Schlesungen.** (Städtetag.) Hier trat am 9. September der Städtetag der Städte unter 10 000 Einwohnern in der Provinz Sachsen und Anhalt zusammen. 40 Städte waren vertreten. Dem Städteverbande gehören jetzt 31 Städte des Regierungsbezirks Magdeburg, 47 des Regierungsbezirks Merckburg, 14 des Regierungsbezirks Erfurt und 9 des Herzogtums Anhalt, zusammen also 101 Städte an. Bürgermeister Lenke-Väten sprach über Die Notwendigkeit der kleinen Städte gegenüber den großen, reist die Sonderstellung der Städte mit über 10 000 Einwohnern“. Redner beleuchtete die Entwicklung des Städtelebens im Laufe der letzten Jahrhunderte und bedauerte es auf das lebhafteste, daß in der neueren Entwicklung in immer mehr zunehmendem Maße ein Unterschied gemacht werde zwischen den Städten unter und über 10 000 Einwohnern. Diese ungleichartige Behandlung der Städte sei geeignet, Unzufriedenheit hervorzurufen und die Arbeitsfreudigkeit der Bürgermeister herunterzudrücken. Regierungspräsident v. Adler und Regierungsrat Dr. Siller sprachen die Überzeugung aus, daß die getroffenen Vorschriften nur aus praktischen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten erlassen seien.

**Der Millionenüberschuß Berlins.** Der genaue Generaljahresabschluss, der Stadtbaukasse für das Jahr 1905 liegt jetzt vor; nach diesem stellt sich der Ueberschuß auf 10 001 168,43 Mk. Die Mehreinnahme im Ordinarium beträgt 17 595 092 Mk., die Mehreinnahme im Extraordinarium 8 332 551 Mk., so daß die Mehreinnahme von 25 927 643 Mk. besteht. Nach Verrechnung verschiedener Posten verbleiben am Jahresabschluss 1904/05 20 571 311 Mk. Rückbestände, die in die Kontenbücher des Etatsjahres 1905/06 übernommen sind. Der etatsmäßige Ueberschuß von 10 Millionen Mark wird im Etatsjahr 1905/06 als besonderer Fonds geführt und, soweit über ihn während dieses Jahres nicht anderweitig verfügt worden ist, im Etat 1906/07 in Einnahme übertragen. Die städtische Anleiheschuld betrug Ende des Etatsjahres 1905 228 500 025 Mark, davon wurden getilgt 7 509 875 Mk. Von der 1904/05 feststehenden 15 719 200 Mk. betragend. Ende 1904/05 hatten sich danach die Anleiheschulden der Stadt Berlin auf 337 105 650 Mk.

Ein aus dem Gemeinderat gewiesener Bürgermeister. Die Bewohner Sonnenbergs, der hübschen, burgelronnen Gemeinde bei Wiesbaden, sind ihren Bürgermeistern selten gewogen. Auch der neue, der aber schon einige Jahre im Amt ist, hat nicht mehr Glück wie die meisten seiner Vorgänger. Er trat kürzlich einen Erholungsurlaub an, und flugs berief man eine Gemeindevertreter-Sitzung hinter verschlossenen Türen ein. Das paßte aber dem Bürgermeister nicht, und er begab sich in die Sitzung. Dort wurde ihm aber in entscheidender Weise gesagt, daß er beurlaubt sei und in der Sitzung nichts zu tun habe, womit er sich notgedrungen beschiden mußte.

**Verbandsteil.**

**Adressen der Verbandsleitung.**

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:  
**Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.**  
Telephon: Amt IX, 6498.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Alle ähnliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voersch**, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuß, Hamburg, Kürter 11, zulässig.

- Zweigbureau Stuttgart: Holzstr. 16. C. Altvater.
- Zweigbureau Leipzig: Wienstr. 25.
- Zweigbureau Berlin-Brandenburg: Berlin, Winterfeldtstraße 24. E. Feinze.
- Zweigbureau Köln a. Rh.: Severinstr. 58. H. Schäfer.
- Zweigbureau Breslau: Viktoriaplatz 3. part. Aris Mehrlein.
- Ortsbureau Berlin: Alte Jakobstr. 145. E. Litzner.
- Ortsbureau Hamburg: Kürter 11. H. Schönberg.
- Ortsbureau Dresden: Rippenbergstr. 2. J. Pöschel.

**Quittung der Hauptkasse.**

Für das 3. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Bremen 524,14 M., Chemnitz 199,84 M., Köln a. Rh. 222,24 M., Frankfurt a. M. 429,40 M., Freiburg i. Br. 154,27 M., Gotha 29,07 M., Hamburg 2. Rate 800 M., Heidelberg 18,40 M., Mannheim 920,64 M., Stuttgart 1. Rate 500,00 M., Wiesbaden 2. Rate 210,20 M., Wvidau 52,90 M.

Von Einzelmitgliedern: Nr. 17.480 2,30 M., Nr. 25.118 1,- M., Nr. 30.153 1,60 M., Nr. 30.193 1,- M., Nr. 31.844 2,- M., Nr. 33.101 4,- M., Nr. 33.106 2,- M., Nr. 33.584 6,45 M., Nr. 33.918 4,50 M., Nr. 33.928 1,- M., Nr. 33.972 1,- M., Nr. 33.978 3,- M., Nr. 33.996 2,40 M.

Nr. 35.009	1,- M.	Nr. 35.871	1,- M.	Nr. 37.024	1,- M.
Nr. 37.004	2,80 M.	Nr. 37.670	2,70 M.	Nr. 37.675	3,10 M.
Nr. 37.679	1,- M.	Nr. 37.699	2,10 M.	Nr. 38.678	3,90 M.
Nr. 38.682	4,20 M.	Nr. 38.683	4,85 M.	Nr. 38.684	6,90 M.
Nr. 38.685	5,95 M.	Nr. 38.686	4,20 M.	Nr. 38.687	25,- M.
Nr. 38.684	3,40 M.	Nr. 38.685	4,00 M.	Nr. 38.686	3,90 M.
Nr. 38.687	3,80 M.	Nr. 38.700	4,20 M.	Nr. 39.851	2,- M.
Nr. 39.858	2,70 M.	Nr. 39.859	1,- M.	Nr. 39.873	2,40 M.
Nr. 39.885	1,- M.	Nr. 39.893	2,- M.	Nr. 39.896	3,25 M.
Nr. 40.956	1,- M.	Nr. 42.202	2,- M.	Nr. 42.203	2,35 M.
Nr. 42.225	3,05 M.	Nr. 42.829	1,- M.	Nr. 43.213	4,35 M.
Nr. 43.214	1,- M.	Nr. 44.815	1,- M.	Nr. 46.601	4,- M.
Nr. 46.602	4,20 M.	Nr. 46.603	4,20 M.		

**Für die ausgeperrten Tabakarbeiter:**

Ort	Aus der Filialkasse	Durch Sammellisten
Berlin (Zweigb.) 6. Rate	—	5,- M.
Görsfeld 2. Rate	—	1,50 "
Emtgart	—	20,20 "
<b>Summa</b>	<b>—</b>	<b>26,70 M.</b>

Bereits quittiert 1259,58 M., zusammen 1286,28 M.  
Da die Aussperrung der Tabakarbeiter durch gegenseitige Vereinbarungen der in Betracht kommenden Organisationen beendet ist, ersuchen wir die noch ausstehenden Listen umgehend einzusenden.

Für die streikenden Gasarbeiter Pforzheim 8: Berlin Liste 16 3,- M., 17 6,05 M., 18 10,45 M., 19 11,65 M., 20 15,- M., 21 6,30 M., 22 5,20 M., 23 12,45 M., 24 10,90 M., 25 1,- M., 26 12,45 M., 27 7,50 M., 28 7,70 M., 29 7,50 M., 30 11,- M., 31 9,10 M., 32 2,80 M., 34 4,80 M., 35 13,65 M., 36 2,60 M., 37 4,- M., 38 2,80 M., 40 8,60 M., 42 7,65 M., 43 5,75 M., 44 9,10 M., 45 7,- M., 46 6,25 M., 47 7,- M., 48 7,40 M., 49 16,95 M., 52 2,80 M., 53 9,60 M., 59 3,80 M., 60 17,85 M., 81 15,60 M., 83 20,51 M., 84 27,15 M., 87 4,10 M., 88 9,20 M., 89 9,90 M., 90 8,- M., 91 10,75 M., 92 6,65 M., 94 4,90 M., 96 4,35 M., 97 5,90 M., 100 2,30 M., 102 3,65 M., 103 5,95 M., 104 5,20 M., 111 4,45 M., 112 6,30 M., 116 2,70 M., 117 7,55 M., 118 8,30 M., 119 3,95 M., 120 8,10 M., 121 3,- M., 122 4,30 M., 123 2,80 M., 124 5,55 M., 126 16,10 M., 127 2,70 M., 128 6,70 M., 129 13,55 M., 181 9,60 M., 132 5,45 M., 151 9,95 M., 152 4,- M., 154 7,10 M., 155 7,05 M., 156 7,15 M., 157 8,10 M., 158 10,- M., 159 4,80 M., 176 3,65 M., Berlin (Zweigbureau) Liste 814 7,30 M., 815 3,25 M., 817 0,90 M., 818 11,40 M., 820 2,45 M., 821 1,6 M., 822 1,75 M., 823 2,25 M., 824 2,30 M., 826 3,50 M., 827 7,20 M., 828 3,85 M., 829 4,45 M., 841 5,45 M., 885 3,50 M., Brandenburg Liste 210 1,50 M., 230 6,15 M., 231 9,60 M., 232 6,70 M. à Conto 6,15 M., Düsseldorf à Conto 22,- M., Gotha Liste 404 1,65 M., 407 3,45 M., 408 3,50 M., Aus der Lokalkasse 3,40 M., Königberg i. Pr. Liste 554 3,60 M., 555 9,55 M., 557 2,30 M., 559 1,40 M., 560 1,50 M., 561 3,70 M., 562 7,95 M., 563 4,20 M., Reichenbach i. S. Liste 721 7,80 M., Schweinfurt à Conto 9,50 M., Wiesbaden Liste 792 2,05 M.

Bereits quittiert 456,60 M., zusammen 1260,96 M.  
G. Ahmann, Kassaführer.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Verkaufspreis für das Vierteljahr ist 2 M. (ohne Postgeld). -- Anzeigen kosten die vierteljährliche Fettszeile 0,40 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 M. netto.

**Achtung Würzburg!**

Den Kollegen der Filiale Würzburg zur Kenntnisnahme. Das laut Versammlungsbeschluss vom 24. September d. J. die Beiträge ab 1. Oktober d. J. von 20 Pf auf 25 Pf erhöht werden. Dafür werden die Delegiertenentlohnung und Sekretariat-Strafen nicht mehr erhoben. Außerdem gibt es auch Sterbefallunterstützung im Todesfall der Ehefrauen der Mitglieder. Durch diese Neueinrichtung wird dem Wunsch der Kollegen entsprochen und die Verwaltungsgeschäfte vereinfacht. Die Beiträge werden von den Unterkassierern in den Wohnungen der Kollegen erhoben.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Hamburger Verbands-Kollegen!**

Unsere nächste **Mitglieder-Versammlung** findet statt am Sonntag, den 22. Oktober 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale „Hamburger Ballhaus“, Reustädterstraße 43/45.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag (Referent).  
2. Abstimmung über den Antrag des Verbandsvorstandes betreffend Herabsetzung der Delegiertenzahl für den nächsten Verbandstag.  
Sämtliche Mitglieder müssen an der Abstimmung teilnehmen und daher erscheinen.

**Achtung! Filiale Magdeburg**

**Essentielle Versammlung** für alle in städtischen Betrieben beschäftigten Personen am **Sonntag, den 22. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr** im Saale d. „Dreifächerbund“, Gr. Stadtwache 7.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Verbandssekretärs Mehrlein in Breslau über die tiefste Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit.  
2. Verschiedenes.  
Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.  
Der Einberufer.

Unserem Kollegen  
**Rudolf Ehrenbrcht**  
zu seinem am 12. Oktober  
hundertfünfundzwanzigjährigen  
Dienstjubiläum die besten  
Wünsche.  
München, Sektion  
Gesamtall. Thallstr. 10.

Berlin, Sekt. J. C. G. A.  
Unserem Kollegen  
**Richard Wessel**  
nebst Frau  
zum heutigen Hochzeitstag  
die herzlichsten Glückwünsche  
Nieder-Schöneweide,  
den 9. Oktober 1905.  
Die Kollegen der Kommunist.  
fabrik.

**Filiale Offenburg**  
Herzliche Gratulation  
unserem verehrten Vor-  
sitzenden nebst Gemahlin  
zu der am 18. Oktober d. J.  
stattfindenden  
**Silbernen Hochzeit**  
Unser Kollege möge noch  
viele Jahre mit seiner lieben  
Frau verleben und zum  
Vorteil unserer Filiale tätig  
sein. Die Mitglieder.

**Filiale Mannheim-Neidberg.**  
Unserem Kollegen  
**Jakob Bok nebst Frau**  
zu seiner am 30. September  
d. J. stattgefundenen Hoch-  
zeit die herzlichsten Glück-  
wünsche.  
Die Kollegen der Sektion der  
Fabr- und Aufbverwaltung.

**Achtung! Achtung!**  
**Mitglieder der**  
**Sektion Berlin III.**  
Die nächste  
**Sektionsversammlung**  
findet am **22. Oktober** statt.  
Der Vorsitzende **Gustav Lohr-  
engel** wohnt **Rixdorf, Prima  
Gandjestr. 56**, der Kassierer  
**Edward Volkman** vom 1. Ok-  
tober 1905 ab **Berlin O. 24,  
Ebertstr. 33**, der Schriftführer  
**August Pohl**, Berlin, Wehner-  
straße 5.

# Zahlstelle Dresden.

Montag, den 30. Oktober 1905, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Saale des „Volkshauses“, Riesenbergstr. 2.

- Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der Arbeitersekretariate und Recht der Arbeiter. Referent Genosse Dr. Dunler, Sekretär des Arbeitersekretariats.
  2. Urabstimmung über die Vorlage des Verbandsvorstandes, betreffend die Herabsetzung der Delegiertenzahl zum Verbandstage, § 10 des Verbandsstatuts betreffend.
  3. Gewerkschaftsliches.
- In jedem Punkt Debatte.
- Zugleich werden die Verbandskollegen auf das Bestehen des Arbeitersekretariats, Riesenbergstr. 2, 3 Tr., aufmerksam gemacht. Auskünfte und schriftliche Anträge werden unentgeltlich erteilt. Im Bedarfsfalle wollen sich die Verbandskollegen ohne Zögern sofort an das Sekretariat wenden; jede Verzögerung kann auch den Verlust des gestellten Rechtes verursachen. Streikzeit ist von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr täglich. Sonntags geschlossen.
- Die Verwaltung der Zahlstelle Dresden.  
J. W. Lischen.

••• Anittungs- •••  
••• Marken und •••  
••• Kontoführ- •••  
••• Stempel •••  
für Krankenkassen und Vereine  
zum Sammeln der Beiträge.  
**Rollen-Billets**  
fortlaufende Nummern  
Preislisten versende umsonst.

**Jean Holze, Hamburg,**  
Geogr. 1879, **Drehbahn 45.** Geogr. 1879.

**Filiale München**  
Unserem Verbandskollegen  
**Johann Göler nebst Frau**  
zu seiner am 30. September  
d. J. stattgefundenen Hoch-  
zeit nachträglich die herz-  
lichsten Glückwünsche.  
Sektion Gesamtall.  
Thallstr. 10.

Anerkannt sehr leistungsfähig **Gebrüder Rauh - Gräfrath** bei Solingen.  
ist die Firma **Stahlwaren-Fabrik. Versandhaus I. Ranges.**



**30 Tage zur Probe!**  
**Echtes Pelz-Portemonnaie**  
Sehr dauerhaft!  
Immer sauber!  
Reussert angenehm im Tragen.

**No. 10 220** Herren-Portemonnaie aus echtem Grünländer Sechswandpelt, mit Leder-Einfassung, Feder-  
innenbügel, gut verwickeltem Klappschloss im ganzen 5 Fächer, 7 1/2 cm hoch, 10 cm breit.  
**Preis ohne Beschläge nur Mark 1,00 franko.** Mit den Messing-Beschlägen wie auf Abbildung kostet das Por-  
temonnaie 40 Pfg. per Stück mehr. Auf Wunsch bringen wir  
neben den oberen Beschlag noch je einen beliebigen Anfangsbuchstaben an, wofür 10 Pfg. extra berechnet  
werden. Für den ganzen Namen ist der Raum zu klein. Ebenso kann auf Verlangen statt Beschlag Glaube -  
Liebe - Hoffnung ein anderer Beschlag angebracht werden, zum Beispiel Stern, Kreuz, Adler, Pferd, Hufeisen,  
Kleeblatt etc. Bei Bestellung wollen Sie bitte bemerken, ob das Portemonnaie mit oder ohne Messingbeschläge  
erwünscht wird.

**Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrags.**



**Garantieschön:**  
Nichtgefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

**Umsonst u. portofrei** ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten illustrierten  
über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge,  
Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pelien, Zigarren,  
Stiche, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren, Christbaumständer, Christbaumschmuck und viele andere  
Artikel in grösster Auswahl. Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum  
Versand kommt. Über 3000 lebende Anerkennungs-schreiben bestatigen Güte und Qualität unserer Waren.  
So schreibt Herr Hartmann unangefordert: Die Bestellung ist gestern hier angekommen und bin ich  
damit sehr zufrieden. Ich kann Ihnen meine volle Anerkennung betrefls Güte und Qualität nicht versagen,  
und werde ich mich bei Bedarf Ihrer werthen Firma gern erinnern, auch in Freundes- und Bekanntenkreise  
dieselbe empfehlen. (gegr.) C. Wartschen.  
**Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.**